

# Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 15. Dezember 1964

Blatt 3344

## 1964: Rekordjahr der Wiener Ehejubiläen

=====

15. Dezember (RK) Heute, morgen und übermorgen wird Bürgermeister Jonas jeweils um 14 Uhr im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses 204 Wiener Ehepaare beglückwünschen, die in diesen Wochen ein besonders bemerkenswertes Ehejubiläum begehen. Es werden sich 182 "goldene", 19 "diamantene", ja sogar ein "eisernes" und ein "steinernes" Hochzeitspaar einfinden.

Damit hat die Zahl der Ehejubiläen in Wien, von der Goldenen bis zur Gnadenhochzeit, in diesem Jahr die bisher noch niemals registrierte Höhe von 1.200 erreicht. Es gab heuer 1.104 goldene, 85 diamantene (60 Ehejahre), acht eiserne (65 Jahre) und eine steinerne Hochzeit (67 1/2 Jahre), ja sogar das besonders seltene Fest einer Gnadenhochzeit (70 Ehejaare). In den letzten beiden Jahren gab es drei Gnadenhochzeiten in Wien, während vorher in der Geschichte unserer Stadt ein solches Jubiläum seit Menschengedenken noch nie registriert worden ist.

Überhaupt spiegelt sich in den Zahlen der Ehejubiläen eindrucksvoll die steigende Lebenserwartung. Vor knapp 50 Jahren, im Jahre 1916, hat die Wiener Stadtverwaltung erstmalig alle goldenen und höheren Ehejubiläen systematisch erfaßt. Damals gab es im ganzen Jahr 47 goldene Hochzeiten. Im Jahre 1922 waren es 170 und erstmalig kamen zwei diamantene dazu. 1935 wurde die erste eiserne Hochzeit registriert. Wenn Wien heuer 1.200 Ehepaare feiern kann, die 50 und mehr Jahre miteinander durchs Leben gehen, ist dies ein eindrucksvoller Beweis für die veränderte demographische Situation und die neuen Aspekte, mit denen wir für unseren "dritten Lebensabschnitt" zu rechnen haben.

Antrittsbesuch des niederländischen Botschafters  
=====

15. Dezember (RK) Der neue niederländische Botschafter in Wien, Dr. Hans R. van Houten, stattete heute vormittag Bürgermeister Jonas im Rathaus seinen Antrittsbesuch ab. Bürgermeister Jonas benützte die Gelegenheit und führte seinen Gast in den Gemeinderatssaal, wo der Botschafter eine zeitlang der Budgetdebatte beiwohnte.

- - -

Sechzig Schulen im Geräte turnwettkampf  
=====

15. Dezember (RK) Der Stadtschulrat für Wien hat einen Vergleichswettkampf im Geräteturnen ausgeschrieben, zu dem sich von den rund hundert höheren Schulen Wiens - die berufsbildenden eingeschlossen - sechzig gemeldet haben. Die Teilnahme ist freiwillig.

Der Wettkampf hat am Montag, dem 14. Dezember, begonnen und wird am Dienstag, dem 22. Dezember, abgeschlossen sein. Er wird etwa 21.000 Schüler und Schülerinnen erfassen.

Die Ergebnisse des Vergleichswettkampfes - bei dem immer die gesamten Schüler einer Anstalt klassenweise antreten - werden in Form einer Schulwertung gereiht.

Diese Veranstaltung soll die Jugend anregen, über die Alltagsarbeit im Schulturnen hinaus sich in einer erzieherisch wertvollen Art körperlich zu betätigen. In diesem Sinne veranstalten die höheren Schulen auch in bestimmten Zeitabständen Wettkämpfe in der Leichtathletik, in Schwimmen und in Spielen.

- - -

Weihnachtsfeiern für unsere Alten  
=====

15. Dezember (RK) Am Montag, dem 21. Dezember, findet um 15 Uhr im Altersheim Baumgarten, 14, Hütteldorfer Straße 188 (Einfahrt Seckendorfstraße), eine Weihnachtsfeier statt.

Für den folgenden Tag, Dienstag, den 22. Dezember, ist gleichfalls für 15 Uhr eine Weihnachtsfeier im St. Rochus-Heim, 14, Cumberlandstraße 53, vorgesehen.

Zur Verschönerung dieser alljährlich abgehaltenen stimmungsvollen Feiern für unsere Alten wirken die Mozart-Sängerknaben und Schüler der Volksschule 2, Czerninplatz, mit.

- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Der Dienst an den Wienern auf der Schattenseite des Wohlstandes.  
=====

15. Dezember (RK) Am heutigen dritten Tage der Budgetberatungen wurde zuerst die Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, behandelt. Es referierte Amtsführender Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ):

"Der Voranschlag für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien für das Jahr 1965 ist auch in meinem Ressort die erste Stufe des von uns in den nächsten fünf Jahren durchzuführenden Arbeitsprogrammes. Wie in den vergangenen fünf Arbeitsjahren bietet auch dieses ein Bild der kontinuierlichen Weiterentwicklung unserer Arbeit, unserer sozialen Leistungen.

Gleichzeitig widerspiegeln die Zahlen aber auch einen wesentlichen Bereich des Lebens von Wien. So werden wir sehen, daß einerseits die Zahl der Befürsorgten wohl langsam, aber doch stetig sinkt andererseits der für die Befürsorgten der Stadt Wien aufgewendete Betrag steigt.

Die für die einzelnen Positionen ausgeworfenen Beträge und die für das Wiener Wohlfahrtswesen veranschlagte Gesamtsumme beweisen jedoch, welche Bedeutung der Sozialarbeit im Rahmen des Gesamtbudgets zuerkannt wird, auch in einer Zeit der Vollbeschäftigung und des steigenden Lebensstandards.

Wurden 1960, dem ersten Jahr der letzten fünfjährigen Arbeitsperiode ohne Alters- und Lehrlingsheime, 421 Millionen Schilling aufgewendet, so waren es 1961 470 Millionen, 1962 490 Millionen und 1963 524 Millionen.

Im Voranschlag für 1964 war ein Betrag von 540 Millionen vorgesehen, der aber voraussichtlich überschritten werden wird, denn wir erhöhten rückwirkend ab 1. Jänner 1964 die Fürsorgerichtsätze, für die ein Mehrbetrag von rund fünf Millionen Schilling notwendig wurde. Der Voranschlag für 1965 sieht Einnahmen von 98,5 Millionen Schilling und Ausgaben in der Höhe von mehr als 548 Millionen Schilling vor.

./.

Dies scheint im ersten Moment gegenüber dem Ansatz für 1964 als eine, im Vergleich zu den Vorjahren, verhältnismäßig geringe Steigerung von nur, rund 8,2 Millionen Schilling. Tatsächlich aber sind für 1965 für das Wiener Wohlfahrtswesen - auch wieder ohne Alters- und Lehrlingsheime - 40 Millionen Schilling mehr und nicht, wie eine Wiener Tageszeitung schrieb, weniger vorgesehen, und zwar 27,9 Millionen für die Jugendfürsorge und 12,1 Millionen für die Erwachsenenfürsorge und für die Betreuung unserer alten Mitbürger.

Diese Erhöhung ist deshalb nicht sofort erkennbar, weil jener Betrag, den das Land Wien auf Grund des Familienlastenausgleichsgesetzes an den Bund zu leisten hat, bisher auf der Post 412 geführt wurde. Nachdem es sich aber um eine ausgesprochen finanzielle Transaktion handelt, erscheint er nun im Budget der Verwaltungsgruppe II auf.

Will man jedoch einen echten Vergleich zwischen dem Budget 1965 und 1964 erhalten, muß dieser Betrag, es handelt sich um nicht weniger als 31,8 Millionen Schilling, bei der Gegenüberstellung auch im Budget 1964 unberücksichtigt bleiben.

Aber nicht das Finanzielle allein charakterisiert das Wiener Wohlfahrtswesen und unser Sorgen für die Menschen unserer Stadt. Bestimmend für unser Planen, für unsere zielgerichtete Sozialarbeit ist heute, wie seit dem Jahre 1920 - mit Ausnahme jener Jahre, in denen wir nicht arbeiten durften, da die Menschlichkeit zum Tode oder zumindest zum Schweigen verurteilt war - unser Grundsatz, mit dem Ausbau unserer Einrichtungen für die Jugend, für die Hilfsbedürftigen und für die alten Menschen, allen Mitbürgern unserer Stadt die Sicherheit zu geben, daß die Gemeinschaft jederzeit bereit ist, zu helfen, wenn Hilfe benötigt wird.

Dieser Grundsatz leitet uns, wenn es gilt, unsere Arbeit immer aufs neue anzupassen den aktuellen gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Bedürfnissen Hilfsbedürftiger und Gefährdeter, seien es nun Einzelne oder Gruppen.

So sollen auch die Leistungen im Jahre 1965 ein Verbindungsglied mehr sein im fortschreitenden Ausbau des Wiener Wohlfahrtswesens, mit den Zielen manch bedrängte Familie zu stützen, Kinder und Jugendliche vor Gefährdung zu bewahren und den alten Mitbürgern zu einem glücklichen Lebensabend zu verhelfen.

### Unsere Jugendfürsorge

Was wollen wir nun im kommenden Jahr für unsere Jugend und damit für die Familie tun? 356 Millionen Schilling sollen für unsere Arbeit in der Jugendfürsorge aufgewendet werden, um 27,9 Millionen mehr als im Vorjahr! Nach wie vor muß und wird unser besonderes Augenmerk darauf gerichtet sein, die Gesundheit der werdenden Mütter und deren Kinder zu sichern.

Es ist erfreulich, daß nach den bisher vorliegenden Zahlen in diesem Jahr wieder ein leichter Rückgang der Säuglingssterblichkeit zu erwarten ist, und es bleibt selbstverständlich unser Bestreben, das Bemühen der Ärzte nach einer weiteren Senkung der Säuglingssterblichkeit durch unsere Säuglingsfürsorge auch in Zukunft bestens zu unterstützen.

### Mutterberatungsstellen

Dabei erfüllen nach wie vor unsere Mutterberatungsstellen eine besondere Aufgabe. Sie werden von unseren Müttern auch gern in Anspruch genommen. Ihre Frequenz stieg gegenüber dem Vorjahr um neun Prozent.

Wie bisher werden aber auch im kommenden Jahr wieder bestehende Mutterberatungsstellen renoviert und modernisiert, eine neue Mutterberatungsstelle wird im 12. Bezirk eröffnet und drei Mutterberatungsstellen werden in neue Räume übersiedeln. Wenn wir nun einerseits mit Freude berichten können, daß der in den letzten Jahren zu beobachtende Rückgang der Säuglingssterblichkeit in Wien anhält, so müssen wir andererseits in diesem Jahr feststellen, daß die Zahl der Geburten erstmalig nach sechs Jahren, leider stagnierend, wenn nicht sogar leicht rückgängig sein wird. Dies zeigt schon der Vergleich der Geburtenzahl vom Jänner bis Oktober - es wurden in diesen zehn Monaten gegenüber dem Vorjahr um 81 Kinder, das sind 0,5 Prozent, weniger geboren.

Auch diese Feststellung ist für unser Planen, für unsere Arbeit in der Jugendfürsorge von großer Bedeutung und es gilt daher, die Ursachen dieser Entwicklung zu suchen. Sehen wir uns nun zum Beispiel das Alter der Mütter an, dann können wir feststellen, daß das Sinken der Geburtenrate mit den schwächeren Geburtenjahren der heute 20- bis 30jährigen Frauen zusammenhängt. Die Zahlen der letzten Jahre beweisen dies deutlich.

Für unsere Jugendfürsorge, wie für unsere gesamte Sozialarbeit, ist es daher wichtig, die demographische Entwicklung genau zu beobachten, um voraussorgen und auch wirtschaftlich arbeiten zu können.

So steht am Beginn unserer Jugendfürsorge die Fürsorge für Schwangere und Säuglinge. Unsere Jugendfürsorgerinnen haben aber nicht nur die Aufgabe, den Müttern nach der Geburt ihres Kindes die Säuglingsausstattung als ersten Gruß unserer Stadt zu überbringen, und zur Verfügung zu stehen, wenn sie unmittelbar nach der Geburt des Kindes Hilfe benötigen. Sie haben sich auch und besonders um Kinder zu kümmern, wo die Kraft der Familie nicht ausreicht, die Sorge um Pflege und Erziehung ihrer Kinder allein zu tragen. Insgesamt werden derzeit fast 38.000 Kinder und Jugendliche von den Jugendämtern ständig betreut.

#### Das außerehelich geborene Kind

Zu den besonderen Aufgaben gehört auch die Betreuung der derzeit 23.000 unehelich geborenen Kinder und Jugendlichen, über die das Jugendamt die Vormundschaft führt. Übrigens ist weiterhin ein leichtes Sinken der Zahl der außerehelich geborenen Kinder festzustellen. 1960 waren es noch 10,5 Prozent, 1963 nur mehr 9,3 Prozent; heuer werden es voraussichtlich nur mehr neun Prozent sein. 1910 waren es 31,8 Prozent. Auch diese Zahlen zeigen die bedeutende Veränderung der gesellschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten.

Unsere Vormünder sorgen vor allem für die wirtschaftliche Sicherung der Kinder.

Nach wie vor unterstützen wir aber auch alle Bestrebungen, die Stellung des außerehelichen Kindes zu verbessern. Ist es doch trotz mancher Fortschritte unbestritten, daß die außerehelich geborenen Kinder es auch heute noch im Leben schwerer haben. Wir begrüßen daher mit aufrichtiger Freude, daß das Justizministerium im Rahmen der Reform des Familienrechts auch die Rechtsstellung des außerehelichen Kindes neu ordnen will.

Für unsere jüngsten unverheirateten Mütter hat sich unser Mutter-Kind-Heim wirklich ausgezeichnet bewährt. Zehn Mütter konnten im letzten Jahr wieder das Heim verlassen. Sieben davon haben geheiratet, drei sind wirtschaftlich und auch charakterlich so gefestigt, daß sie nun mit ihrem Kinde allein leben können.

Zum Heim aber, das ihnen in ihrer schwersten Zeit Schutz und Geborgenheit gab, halten alle engen Kontakt. Auch wenn sie nicht mehr dort wohnen, holen sie sich hier Rat und Hilfe in allen Lebensfragen.

Immer öfter übertragen auch die Pfllegschaftsgerichte den Bezirksjugendämtern die Aufgabe, Kinder aus geschiedenen Ehen in ihren Unterhaltsansprüchen gegen ihren ehelichen Vater zu vertreten. 1963 waren es 1.051 Fälle und in diesem Jahr bis Ende Oktober bereits 1.063 Fälle.

### Ehescheidungen und die Folgen für die Kinder

Ehescheidungen gefährden nicht nur die wirtschaftliche Situation der nun auf sich allein angewiesenen Mütter und ihrer Kinder. Wirtschaftlichen Schwierigkeiten kann durch Bevorschussung der Alimente - wie es in unzähligen Fällen in Verbindung mit dem § 22 des Jugendwohlfahrtsgesetzes geschieht - verhältnismäßig leicht abgeholfen werden. Viel stärker gefährden zerbrochene und gestörte Ehen die seelische Entwicklung und damit oft das Lebensglück der Kinder.

Im Interesse der Kinder muß ich darum an alle jungen Menschen dringend appellieren, sich genau zu prüfen, bevor sie die Ehe schließen und vielleicht auch vorher Rat zu suchen.

Die Statistik sagt uns nämlich, daß 31 Prozent der geschiedenen Männer und 37 Prozent der geschiedenen Frauen jung, zwischen 21 und 30 Jahren waren. Die Ehe war also in diesen Fällen sicher von Beginn an nicht gut fundiert.

**Kinder**, die wegen Schwererziehbarkeit, Verwahrlosung, gesundheitlicher und sittlicher Gefährdung in Gemeinpflege übernommen, für die gerichtliche Erziehungshilfe beantragt werden muß, sind häufig Kinder aus geschiedenen Ehen, zumindest aus gestörten Familienverhältnissen. Es ist erschütternd festzustellen, mit welcher Gleichgültigkeit und Ahnungslosigkeit manche Eltern ihren Kindern gegenüberstehen. Sie wissen vielfach nicht, was ihre Kinder in der Freizeit tun. Sie kennen deren Freunde und Freundinnen nicht, kümmern sich oft auch nicht darum, wo ihre Kinder waren, wenn sie spätabends nach Hause kommen.

Aber auch in harmonischen Ehen tauchen Erziehungsschwierigkeiten mit den Kindern auf - die Ursachen sind vielfältig - und

wir freuen uns, daß in diesen Fällen viele Eltern vertrauensvoll in unsere Erziehungsberatung kommen. In 9.000 Fällen konnte Erziehungshilfe erfolgreich gewährt werden. Für 1.550 Kinder und Jugendliche aber, meist aus nicht gefestigten Familien, mußte gerichtliche Erziehungshilfe und für 810 Kinder und Jugendliche Fürsorgeerziehung beantragt werden.

#### Wien ist stolz auf seine Jugend

Leider werden diese rund 800 Kinder und Jugendlichen (also junge Menschen im Alter von etwa 12 bis 19 Jahren), die in Fürsorgeerziehung in einem Heim sind und die 1.550 Kinder, für die gerichtliche Erziehungshilfe veranlaßt werden mußte, also rund 1,4 Prozent der Wiener Jugend dieser Altersgruppe, oft als Maß für unsere Wiener Jugend genommen. Dies ist außerordentlich bedauerlich, denn ich glaube doch sagen zu können, daß wir im großen und ganzen mit unserer Jugend nicht nur zufrieden, sondern vielfach auch wirklich stolz auf sie sein können. In diesem Zusammenhang darf ich an unser Jugendschutzgesetz erinnern, das am 1. Jänner 1964 in Kraft getreten ist.

Das Jugendschutzgesetz kann sich aber nur dann wirksam durchsetzen, wenn Eltern, Lehrer und Erzieher das Gesetz kennen und bejahen. Wir riefen darum zu einer Jugendschutzwoche auf und ich kann dankend erwähnen, daß sich alle Eltern- und Familienverbände, alle Lehrer und Erzieher, aber auch alle Jugendorganisationen und Jugendverbände an dieser Jugendschutzwoche beteiligten. Unsere Broschüre wurde an alle Pflicht-, Mittel- und Berufsschüler verteilt und auch den einzelnen Organisationen und Verbänden übergeben.

Nach Ablauf der ersten zehn Monate bezeichneten die befragten Organisationen und Verbände, die mit dem Jugendschutzgesetz gemachten Erfahrungen als durchaus positiv. Nur bezüglich der Vollziehung wird allgemein gewünscht, die Polizei möge die Überwachung der Kinobesucher und der Besucher bestimmter Lokale verstärken.

Vom 1. Jänner bis Ende Oktober wurden 416 Jugendliche, 176 Aufsichtspersonen und 62 Unternehmer bestraft. Wobei die Strafen bei den Jugendlichen zwischen Verwarnung und den Betrag von 100 Schilling lagen, dagegen zum Beispiel ein espressobesitzer bereits dreimal bestraft werden mußte, da Jugendliche nachts in seinem Lokal angetroffen wurden. Infolge der wiederholten Beanstandung wurden Strafen bis zu 1.200 Schilling verhängt.



### Unsere Kinder- und Jugendheime

Unsere Heime sind so organisiert, daß wir jedem Kind und seinen Fähigkeiten gerecht werden können. Eine große Hilfe leistet dabei unser psychologischer Dienst. In der Beobachtungsstation der Kinderübernahmestelle und in den Heimen selbst wird entschieden, in welches Heim das Kind kommen oder wo es bleiben soll, um möglichst erfolgreich gefördert zu werden.

Im Heim für körperbehinderte Kinder in Rodaun - jetzt das neue Dr. Adolf Lorenz-Heim in Mauer - haben drei Mädchen ihre Ausbildung für Wäschewarenerzeugung vollendet. Ein Mädchen erhielt bei der Innungsprüfung sogar den ersten Preis!

In unserem Lindenhof aber, wo unsere schwierigsten Jugendlichen sind, haben in diesem Jahr 46 ihre Lehrzeit mit gutem Erfolg beendet.

Einen besonderen Erfolg kann dabei die Schlosserwerkstätte verzeichnen. Sie konnte im Berufswettbewerb der Landesinnung für Niederösterreich den zweiten Landesmeister stellen.

Der pädagogische Erfolg wird aber, wie wir wissen, von der Umgebung stärkstens beeinflußt und wir sind daher bemüht, unsere Kinder- und Jugendheime auch baulich der heutigen Zeit anzupassen. Veränderte Einrichtung der Heime, Verbesserung der Kleidung, erzieherisch wertvolle Freizeitgestaltung der Zöglinge tragen dazu bei, daß die Kinder und Jugendlichen bei uns jene Geborgenheit finden, die sie so dringend benötigen.

Unseren schwer körperbehinderten Kindern konnten wir ein wunderschönes neues Heim übergeben, das nach allgemeiner Ansicht und nach der Meinung der Fachleute zu den modernsten Einrichtungen dieser Art zählt. Auch der Umbau unserer Kinderübernahmestelle ist weitgehend durchgeführt und wird im kommenden Jahr vollendet. Im Zentralkinderheim wird mit dem Umbau des letzten Pavillons begonnen. Nach seiner Fertigstellung wird im Jahre 1966 die Generalinstandsetzung abgeschlossen sein.

Beim Umbau des Lindenhofes wurden weitere vier Gruppen erneuert. Damit ist der Gesamtumbau um ein großes Stück weitergekommen. Es bleibt als größeres Vorhaben nur noch der Ausbau des Ostflügels.

Aber unsere jungen Sorgenkinder, die oft viele Jahre, ja oft ihre ganze Kinder- und Jugendzeit in unseren Heimen verbringen,

brauchen manchmal, besonders wenn sie keine, oder keine geeignete Familie haben, noch weiter eine schützende Hand, bevor sie auf eigenen Füßen stehen können.

Als Übergang zur vollen Selbständigkeit dieser unserer jungen Mädchen und Burschen, die ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben, aber nicht in die Familie zurückgeführt werden können, sollen unsere Wohnheime für junge Menschen helfen. Ein Heim für Mädchen wurde vor kurzem fertiggestellt, das für Burschen wird im kommenden Jahr seiner Bestimmung übergeben.

Diese Wohnheime bieten den jungen Menschen in allen Fragen ihres Lebens Rat und Hilfe. Aber dies muß nun wieder betont werden, diese Heime können nur eine Übergangshilfe von der erreichten Erwerbsfähigkeit zum vollen, selbständigen Leben sein.

Darum hat jeder Bewohner eine Bedingung anzuerkennen: Mindestens zehn Prozent des Nettoverdienstes sind zu sparen. Bei einem Aufenthalt von etwa zwei Jahren kann damit immerhin eine Summe erreicht werden, die den Eintritt in ein neues eigenes Leben, in dem Hilfe nicht mehr beansprucht werden kann und soll, erleichtert.

Mit diesen Wohnheimen wird unsere Jugendfürsorge sinnvoll ergänzt. Die Möglichkeit, daß gefährdete junge Menschen in ein geordnetes Leben in der Gemeinschaft zurückfinden, wird damit, soweit es nur möglich ist, gesichert.

105,5 Millionen Schilling sind für die Führung und Verbesserung der Kinder- und Jugendheime der Stadt Wien im Voranschlag vorgesehen, das sind um fast sieben Millionen Schilling mehr als im Vorjahr.

Ich hoffe, daß ich Sie, meine Damen und Herren, mit meinen Ausführungen davon überzeugen konnte, daß dieser Betrag so angelegt ist, daß er die besten Zinsen trägt, nämlich jungen Menschen zu einem sinnvollen, darum glücklichen Leben zu verhelfen.

#### Unsere Pflegekinder

Für unsere mehr als 1.300 Kinder, die bei Pflegeeltern aufwachsen sind im Budget 77,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Mehrzahl dieser Kinder ist zwischen sechs und 14 Jahren, also im schulpflichtigen Alter. Im vorschulpflichtigen Alter sind nur 159 Kinder, davon vier Säuglinge.

146 Pflegekinder sind zwischen 14 und 18 Jahren. Mit den Kindern, die in der Pflegefamilie zu Jugendlichen herangewachsen sind, sind aber auch die Pflegeeltern älter geworden, und sie können nun keine jüngeren Pflegekinder mehr übernehmen. Jüngere Frauen aber melden sich heute immer seltener als Pflegemütter - die meisten Frauen sind ja berufstätig. Das ist die Ursache, daß immer weniger neue Pflegeeltern als Ersatz für zu alte Pflegeeltern gefunden werden können. So müssen wir in diesem Jahr, bis Ende Oktober in Wien eine Verminderung von 33 Pflegeplätzen feststellen. Erfreulicherweise haben wir aber dafür in den Bundesländern, und zwar auch in Städten, 98 Pflegeplätze dazu gewonnen und so konnten wir die gleiche Anzahl Kinder in Pflegestellen unterbringen.

Allen Pflegeeltern, insbesondere aber jenen, die eine Pflegegroßfamilie führen, gebührt unser herzlicher und aufrichtiger Dank dafür, daß sie Kindern elterliche Liebe schenken, die diese sonst entbehren müßten.

210 Kinder wurden uns zur Adoption freigegeben, um die sich 218 Wahleltern bewerben. Bis Ende Oktober konnten bereits 192 Adoptionsverträge abgeschlossen werden.

#### Kindergärten und Elternschulen

Eigentlich sind auch unsere Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen Pflegemütter bester Art, die täglich mehr als 20.000 Kinder betreuen, wenn auch nur tagsüber. Die Kinder nennen sie Tanten, aber sie ersetzen doch die Mütter im Kindergarten oft zwölf Stunden täglich. Sie versuchen, die Anlagen und Fähigkeiten der Kinder zu erkennen und zu fördern. Sie machen die Eltern darauf aufmerksam, worauf deren Erziehung ihrer Meinung nach besonders achten soll. Der Kontakt zwischen den meisten Müttern und unseren Kindergärtnerinnen ist sehr gut, manchmal aber würden viele Kindergärtnerinnen und wir mit ihnen wünschen, daß das gegenseitige Verstehen noch besser wäre.

Um die Bindung zwischen Eltern und Kindertagesheim zu fördern, wurden Elternrunden abgehalten. In 16 Wiener Kindergärten wurden 71 Elternabende durchgeführt, die gut besucht waren. 560 Eltern nahmen an den vier, bzw. fünf Abenden unserer Elternschulen in Kindergärten teil und es ist erfreulich, daß oft Mutter und Vater kamen.

Bei diesen Veranstaltungen wurde weniger Wert auf theoretisch-pädagogische Vorträge gelegt. Es wurden Themen aus dem Alltag des Kindes, der Familie und des Kindergartens gewählt, deren pädagogischer Wert dann gemeinsam beleuchtet wurde. In diesem Arbeitsjahr werden diese Elternrunden oder Elternschulen in 21 Kindergärten fortgesetzt. Wir hoffen, damit besonders den jungen Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder entscheidend zu helfen.

Die Kindergärten sind eine dringende soziale Forderung, besonders heute, da die Zahl der berufstätigen Mütter ständig steigt. So sind die Kindergärten bei uns als eine wichtige Hilfsinstitution der Familie anzusehen und diese Tatsache gibt ihrer Arbeit Ziel, Inhalt und Form.

Wir konnten im Jahre 1964 wieder 35 Gruppen für mehr als 800 Kinder eröffnen. Im kommenden Jahr werden zehn neu erbaute Kindertagesheime fertiggestellt.

Zwei Neubauten sind Ersatz für bisher benützte Schulräume, die nun - wir haben mehr Schulkinder in Wien - von der Schule wieder benötigt werden. Aber es ist trotzdem im Jahre 1965 mit einer Vermehrung von 44 Gruppen für rund 1200 Kinder zu rechnen.

155,3 Millionen sind für unser Kindergarten- und Hortwesen für 1965 vorgesehen, um 15,3 Millionen mehr als im Vorjahr. Diesen Aufwand von 155,3 Millionen stehen 23,5 Millionen als Einnahmen gegenüber, sodaß 131,8 Millionen für die Kindergärten von der Stadt getragen werden.

#### Erwachsenen- und Altenfürsorge

Ich habe bereits zu Beginn meiner Ausführungen darauf verwiesen, daß 31,8 Millionen Schilling, die auf Grund des Familienlastenausgleichsgesetzes an den Bund zu leisten sind, aus der Post 412 herausgelöst wurden. Dadurch ergibt sich eine scheinbare Verminderung des Ansatzes für diese Post. Tatsächlich sind aber für das kommende Jahr um 12,1 Millionen Schilling mehr für die Bewältigung dieses Aufgabenbereiches, insgesamt also 119,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Aus bekannten, oft zitierten Gründen geht die Zahl unserer Dauerbefürsorgten zurück. Auch im Berichtsjahr ist wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Wieder wird, trotzdem weniger Personen zu betreuen sind und zu betreuen sein werden, für diese auch im Jahre 1965 eine größere Summe aufgewendet.

Diese Entwicklung - die Tendenz zu höheren Ausgaben bei sinkender Zahl der betreuten Personen - auf die wir seit Jahren verweisen können, ist auch ein Zeichen dafür, daß wir unsere Fürsorgetätigkeit sehr überlegt der jeweiligen gesellschaftlichen Situation anpassen. Damit werden wir im Wiener Wohlfahrtswesen jene Dynamik erreicht haben, um die man sich bei den Pensionen jetzt bemüht.

Für 1965 ist ein Betrag von 68 Millionen Schilling vorgesehen. Voraussichtlich wird es aber im nächsten Jahr wieder zu einer Überschreitung kommen, denn nach Beschlußfassung der 14. Novelle zum ASVG konnten wir mit Zustimmung des Finanzreferenten heute an die Wiener Landesregierung den Antrag stellen, die Fürsorgetätigkeit wieder im gleichen Ausmaß wie für die Ausgleichsrenten zu erhöhen. Dafür wird für das Jahr 1965 ein Betrag von rund 5,3 Millionen Schilling notwendig sein.

#### Urlaubsaktion - Lichtstrahl ins Leben der Bedürftigsten

Unsere Urlaubsaktion für alte Mitbürger erfreut sich großer Beliebtheit. Diese zwei Wochen Urlaub bedeuten gerade für alte Menschen, die oft ein ganzes Leben lang ein solches Ausspannen, eine solche Erholung, nicht kennengelernt hatten, sehr viel. Sie bedeuten nicht nur körperliche, sondern auch seelische Gesundheit. Bei unseren Zusammenkünften am Ende der Urlaubsaktion können wir immer mit freudiger Genugtuung feststellen, wie gut erholt und gepflegt unsere Befürsorgten aussehen. Daran hat auch unsere Erholungsaktion ihren gebührenden Anteil.

Unsere Urlaubsaktion begann im Sommer 1952. Seither waren 32.111 Frauen und Männer als Gäste der Stadt Wien auf Erholung. Wie bereits angedeutet, war für viele der erste Urlaub mit uns auch gleichzeitig der erste Urlaub ihres Lebens. Einstweilen sind manche Betreute schon zum achten, ja zum zehntenmal unsere Urlaubsgäste.

Auch im nächsten Jahr wird unsere Urlaubsaktion spezialisiert geführt - zwei Turnusse sind wieder für die Besucher unserer arbeitstherapeutischen Kurse und ein Turnus für jene Bezieher

einer wirtschaftlichen Tbc-Hilfe bestimmt, deren Leiden nicht infektiös ist. Für die Urlaubsaktion 1965 ist im Budget der Betrag von 1,8 Millionen Schilling vorgesehen - wir wollen übrigens das übliche Taschengeld auf 60 Schilling erhöhen.

#### Arbeitstherapeutische Kurse

Unsere arbeitstherapeutischen Kurse wurden im letzten Kursjahr von 89 Teilnehmern besucht, von 30 Frauen und 59 Männern. Von ihnen konnten 30 (acht Frauen und 22 Männer), also fast ein Drittel, an geeignete Arbeitsplätze vermittelt werden - dies ist ein sehr schöner Erfolg, wenn wir die Schwierigkeit dieser Aufgabe kennen.

Seit dem Jahre 1959 besuchten 529 Personen diese Kurse. Davon konnten 272 soweit geschult - fast könnte man sagen, körperlich und seelisch fähig gemacht werden, daß sie eine ihnen entsprechende Arbeit übernehmen konnten. Das sind mehr als 51,5 Prozent. Für diese wichtige Spezialarbeit ist im Budget 1965 ein höherer Betrag vorgesehen, nämlich 520.000 Schilling gegenüber 490.000 Schilling im Berichtsjahr.

#### Fürsorge für unsere betagten Mitbürger

Wissenschaftliche Erkenntnisse und unsere täglichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Sozialarbeit sind uns wertvolle Hilfen bei unserem Bemühen, die betagten Menschen in ihrem Wesen und ihren Bedürfnissen immer besser kennen zu lernen und ihnen zu helfen, sich nach dem Abschied von einer lang gewöhnten Berufsarbeit an den neuen Lebensabschnitt zu gewöhnen. Das Wichtigste ist, daß sie lernen, ihr Dasein selber so zu gestalten, wie es ihrer Individualität entspricht.

Die Notwendigkeit einer freien Auswahl der sozialen und kulturellen Hilfen, die unseren alten Mitbürgern zur Verfügung steht, kann gar nicht genug betont werden.

So entstand, organisch wachsend und sich stets verändernd, ein Wiener Sozialplan, in dem die Hilfeleistung für betagte Mitbürger einen immer größeren Raum einnimmt.

Worauf es ankommt ist: unseren alten Menschen soziale Sicherheit zu geben. Sie müssen wissen, daß sie die Möglichkeit haben, ihre gesellschaftlich berechtigten und wirtschaftlich möglichen Wünsche erfüllt zu erhalten. Gleichzeitig sollen sie sich dabei aber weitgehend unabhängig fühlen können.

Dieses Gefühl der persönlichen Freiheit, garantiert durch soziale Sicherheit, läßt den betagten Menschen, unabhängig von seinem Alter, erleben, daß er als Persönlichkeit gewertet wird.

Eine der bedeutendsten Hilfen, die wir unseren älteren Wienern und Wienerinnen bieten können, sind unsere Pensionistenklubs. Sie erfreuen sich immer größerer Beliebtheit und es bestätigt sich immer wieder, wie richtig es war, das Wort 'Pensionistenklub' zu wählen. Nicht nur, daß dadurch die Institution als solche eine Werterhöhung erfahren hat, kennzeichnet dieser Titel auch das Freiwillige, das Informelle, also genau das für die Menschen Wichtige.

Derzeit führen wir 92 Pensionistenklubs, die täglich von 6.134 Personen, und zwar von 855 Männern und 5.279 Frauen besucht werden. Von diesen Besuchern sind 297 Ehepaare. 463 verheiratete Frauen und 465 verheiratete Männer kommen ohne ihren Ehepartner. Die übrigen Besucher sind alle alleinstehend.

Um nun das Klubleben den Besuchern besser anzupassen, haben wir uns das Alter und den Beruf der 'Klubmitglieder' angesehen. Und es ist interessant, daß alle sozialen Schichten vertreten sind und zwar so weit gestreut, daß nicht gesagt werden kann, wer das Bild, die äußere Form, die Atmosphäre eines Klubs prägt. Ähnlich ist es beim Alter. Da es derzeit aber auch bereits in einigen Wiener Volksbildungshäusern klubartige Zusammenkünfte von Pensionisten gibt und wir es als unsere Aufgabe betrachten, das Programm für unsere Klubs möglichst elastisch und abwechslungsreich zu gestalten, haben wir uns mit den Vertretern dieser Volksbildungshäuser, des Rentnerverbandes und einiger Fachexperten, wie zum Beispiel Frau Primaria Dr. Stengl, zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden.

Wir sind überzeugt, daß gerade die Verbindung mit der Volksbildung zu einer wertvollen Brücke werden kann, vom Bereich der älteren Menschen zum ewig jungen Land des kulturellen Erlebnisses.

So sind die Wiener Pensionistenklubs aus unserer Stadt nicht mehr wegzudenken und für 1965 sind 5,2 Millionen Schilling dafür vorgesehen, das sind um 1,3 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, aber wir konnten endlich einen schon seit Jahren von fast allen Klubbesuchern vorgebrachten Wunsch erfüllen und die Klubs für sechs Monate anstatt für fünf, also von Mitte Oktober bis Mitte April öffnen. Ich bitte Sie daher, auch diesem Ansatz zuzustimmen.

#### Die Pensionistenheime

Von unserem ersten Pensionistenheim, das nun ein Jahr in Betrieb ist, können wir mit großer Genugtuung feststellen, daß die Planung dieses Heimes nicht nur im Grundsatz, sondern auch in allen Details richtig war.

Der Bau des zweiten Heimes geht planmäßig vor sich. Wir konnten noch vor Beginn der kalten Jahreszeit die Heizung und die Einglasung des Hauses vornehmen, so daß während der Wintermonate weitergearbeitet werden kann und wir voraussichtlich im Spätsommer das Heim der Benützung übergeben werden können.

Es erweist sich immer mehr, daß die Errichtung dieser Heime eine dringende Notwendigkeit für unsere Stadt ist und wir ließen uns im Stadtbauamt einige Plätze für die Errichtung weiterer Heime sichern.

Waren es in den ersten Wochen dieses Jahres, nach Fertigstellung des Heimes im 22. Bezirk, nur wenige Frauen und Männer, die sich für die Aufnahme in ein Heim meldeten, so sind derzeit bereits mehr als 2.100 Personen vorgemerkt.

Auf dem Gebiet der Heimhilfe ist es uns gelungen, trotz größter Personalschwierigkeiten zehn neue Helferinnen zu gewinnen und unsere Heimhilfe weiter auszubauen. Derzeit verfügen wir über 74 Heimhelferinnen und 28 diplomierte Schwestern und konnten bis Ende Oktober 105.963 Stunden leisten. Wir rechnen bis Ende Dezember mit 128.000 Stunden. Gegenüber dem Vorjahr ist das jetzt schon eine Steigerung von 10.000 Stunden und bis Ende Dezember werden es um rund 32.000 Stunden mehr sein.



Vor wenigen Tagen wurde durch den Heimhilfedienst die einmillionste Arbeitsstunde seit seinem Bestehen im Jahre 1947 geleistet und wir hoffen, auch 1965 neue sozial fühlende Menschen zu finden, die bereit sind zu helfen, so daß wir auch im nächsten Jahr die Zahl der Arbeitsstunden weiter vermehren können. Waren für 1964 zwei Millionen Schilling vorgesehen, so finden Sie im Vorschlag 1965 einen Betrag von drei Millionen Schilling.

Vergiß den Nachbar nicht!

Die Tatsache, daß viele alte Menschen unserer Stadt allein leben, haben mich veranlaßt, eine Appell an das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Wiener zu richten, sie zu bitten, den Nachbarn nicht zu vergessen.

Das Echo auf unseren Aufruf war wirklich erfreulich. In hunderten Briefen schilderten uns alte, alleinstehende Menschen ihre Sorgen, die bei vielen - wahrscheinlich im Hinblick auf den bevorstehenden Winter - mit den Worten endeten: "Ich muß im Winter oft in einem kalten Raum leben, nur deshalb, weil ich mir nicht mehr selbst Brennmaterial aus dem Keller holen kann".

Erfreulicher jedoch waren die Schreiben junger Menschen, auch von älteren Frauen, und von Organisationen, die sich als Helfer anboten. Ein Wunsch war dabei fast allgemein: die Helfer wollen nicht selbst den Menschen suchen, dem sie helfen könnten. Ich habe mich daher an die Fürsorgeräte eines Bezirkes gewendet und sie gebeten, mitzuhelfen. Mein Vorschlag hat volle Zustimmung gefunden.

Der Gedanke ist: Die Fürsorgeräte werden in ihrem Sprengel feststellen, wo ein alleinstehender, alter Mensch wohnt, dem man etwa mit einer halbstündigen Hilfeleistung, einmal in der Woche, wie zum Beispiel Kohlen tragen, helfen könnte. Demselben Fürsorgerat werden dann die Namen jener genannt, die sich als Helfer angeboten haben. Diese haben dann die Möglichkeit, den Helfer bei den einzelnen Fällen einzusetzen. Das System wäre so wie beim Roten Kreuz. Die Hilfe wird freiwillig und kostenlos gewährt, die Helfer werden aber natürlich unfallversichert.

Sollte der Versuch in dem einen oder anderen Bezirk gelingen, könnten wir daran denken, einen Wiener Helferkreis für unsere ganze Stadt zu organisieren, ob als Arbeitsgemeinschaft, ob als Kuratorium, ob als Verein, das müßte dann beraten werden.

Immer aber, auch wenn es nicht allzu viele Fälle sein werden, wo wir die helfende Hand reichen können, wird es ein Beitrag sein, so manchen Mitbürger unserer Stadt wieder den Glauben an die Hilfsbereitschaft der Wiener zu geben. In vielen, ja in ungezählten Fällen besteht zwar eine solche persönliche Hilfsbereitschaft. Es haben Familien und einzelne Personen die Sorge für alleinstehende Menschen längst übernommen. Sie finden ihr Tun selbstverständlich und es gebührt ihnen unser herzlichster Dank, der Dank der ganzen Gemeinschaft. Unser Aufruf soll aber dazu beitragen, neue Helfer zu gewinnen und die Hilfsbereitschaft auch bei jenen wieder wachzurufen, wo aus irgendeinem Versehen sie nicht genug aktiv ist.

So knüpft unser Arbeitsplan für das kommende Jahr an das bisher Aufgebaute an. Wir werden weiterhin unsere Arbeit, unser Planen für die Jugend, für die Familie, für die Behinderten und Hilfsbedürftigen und für unsere betagten Mitbürger den aktuellen, gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten anpassen, die sozialen Notwendigkeiten unserer Tage berücksichtigen."

An den Schluß ihrer Rede stellte Stadtrat Maria Jacobi den Dank an alle Mitarbeiter ihres Ressorts und schloß mit der Bitte an den Gemeinderat, den Ansätzen die Zustimmung zu erteilen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Neue Wohnbaudarlehen der Wiener Landesregierung  
=====

15. Dezember (RK) In der heute unter Vorsitz von Landeshauptmann Jonas abgehaltenen Sitzung der Wiener Landesregierung wurden auf Antrag von Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 in Höhe von 48,195.000 Schilling genehmigt. Mit diesem Betrag werden Projekte gefördert, durch die 357 Wohnungen und Eigenheime gebaut werden können. Der größte Teil der Darlehen entfällt auf gemeinnützige Bauvereinigungen.

Eine Million Schilling für Kulturförderung

In der gleichen Sitzung wurden zehn von Vizebürgermeister Mandl vorgelegte Subventionsanträge für kulturelle Institutionen mit einer Gesamtsumme von rund einer Million Schilling bewilligt.

87.000 Schilling werden zur Durchführung der Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die gegenwärtig in der Secession zu sehen ist, bereitgestellt.

700.000 Schilling sind für die Durchführung von 29 musikalischen Veranstaltungen für die Schüler der zweiten, dritten und vierten Haupt- und Mittelschulklassen in diesem Schuljahr bestimmt. Die organisatorische Durchführung dieser Veranstaltungen wurde bekanntlich dem Theater der Jugend übertragen.

Für die Drucklegung des Bandes XXII der Wiener Schriften "Die Musikdynastie Strauß" werden 60.000 Schilling an den Verlag für Jugend und Volk gegeben. 120.000 Schilling für den gleichen Zweck wurden bereits heuer im Frühjahr bewilligt.

Das Institut für Wissenschaft und Kunst erhält zur Durchführung der Forschungsaufgaben der Arbeitsgemeinschaft "Großstadtprobleme" einen einmaligen Förderungsbeitrag von 30.000 Schilling.

Der Hausfrauenverein "Die Frau und ihre Wohnung", der die interessante Ausstellung "Dein Kind daheim" im Österreichischen Bauzentrum veranstaltet hat, erhält einen Zuschuß von 30.000 Schilling.

Dem unter Leitung von Dr. Friedrich Cerha stehenden Ensemble "die reihe" wird zur Anschaffung von Instrumenten ein Betrag von 10.000 Schilling bewilligt.

Die Biologische Station Wilhelminenberg erhält einen Förderungsbeitrag von 25.000 Schilling.

Für die Aktion "Der gute Film" wird zur Weiterführung ihrer Tätigkeit im Dienste des künstlerischen Films ein Betrag von 20.000 Schilling zugesprochen.

Der Leitung der "Meraner Hochschulwochen" wird ein Förderungsbeitrag von 10.000 Schilling bewilligt.

Die Wiener Beethovengesellschaft erhält anlässlich ihres zehnjährigen Bestandes 5.000 Schilling.

#### Wieder höhere Fürsorgetrenten in Wien

Auf Antrag von Stadtrat Maria Jacobi genehmigte heute die Wiener Landesregierung eine neuerliche Erhöhung der Fürsorgetrenten ab 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli 1965. Die Richtsätze sind zuletzt am 17. Dezember 1963 erhöht worden. Die neuerliche Erhöhung hängt damit zusammen, daß die Richtsätze der Ausgleichszulagen in der Sozialversicherung mit 1. Jänner und 1. Juli 1965 neuerlich steigen. Die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge in Wien für alte und arbeitsunfähige Personen werden nun im gleichen Ausmaß erhöht.

Ab 1. Jänner erhalten somit in der Gehobenen Fürsorge die Alleinstehenden 695 Schilling (bisher 660 Schilling), Hauptunterstützte im Familienverband 675 Schilling (bisher 640 Schilling), Mitunterstützte erhalten 345 Schilling so wie bisher. Ab 1. Juli erhalten die Alleinstehenden 730 Schilling, die Hauptunterstützten im Familienverband 710 Schilling und die Mitunterstützten wie bisher 345 Schilling.

In der Allgemeinen Fürsorge erhalten ab 1. Jänner die Alleinstehenden 605 Schilling (bisher 570 Schilling), Hauptunterstützte im Familienverband 575 Schilling (bisher 540 Schilling) und Mitunterstützte 275 Schilling so wie bisher. Ab 1. Juli 1965 erhöhen sich diese Beträge bei den Alleinstehenden auf 640 Schilling, bei den Hauptunterstützten im Familienverband auf 610 Schilling, während die Mitunterstützten mit 275 Schilling unverändert bleiben.

In den Genuß der Erhöhung kommen jene hilfsbedürftigen Männer, die das 65. Lebensjahr, und hilfsbedürftige Frauen, die das 60. Lebensjahr überschritten haben oder arbeitsunfähig sind.

Die für die Gemeinde Wien sich daraus ergebenden Mehrauslagen betragen unter Berücksichtigung von 14 Monatsbezügen für das Jahr 1965 schätzungsweise 5,3 Millionen Schilling.

#### Neue Kuratoriumsmitglieder für "Wiener Pensionistenheime"

In der darauffolgenden Sitzung des Wiener Stadtsenates wurden zwölf Mitglieder und der Präsident des Vorstandes des Kuratoriums "Wiener Pensionistenheime" bestellt. Acht Mitglieder entfallen auf die SPÖ, diese sind: Stadtrat Maria Jacobi, die Gemeinderäte Maria Hlawka, Herbert Mayr, Leopoldine Schlinger, Bezirksvorsteher Leopold Mistingher, Direktor Peter Hack, Senatsrat Dr. Leopoldine Jahudka und Chefarzt Dr. Emil Tuchmann. Die vier Mitglieder der ÖVP sind: Stadtrat Dr. Otto Glück und die Gemeinderäte Eleonora Hiltl, Dr. Helene Stürzer und Franz Walzer.

Präsident wird wieder Stadtrat Maria Jacobi.

#### Die Zusammensetzung der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission

Der Wiener Stadtsenat hat heute auch sechs Gemeinderäte für die Dauer der Wahlperiode des Gemeinderates zu Mitgliedern der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission bestellt. Vier Gemeinderäte gehören der SPÖ an, und zwar Dkfm. Alfred Hintschig, Ing. Fritz Hofmann, Hubert Pfoch und Adolf Planek, die ÖVP wird durch Stadtrat Dr. Pius Prutscher und Gemeinderat Ing. Johann Lust vertreten.

#### Zwei neue Schulen der Stadt Wien

Vizebürgermeister Mandl legte dem Wiener Stadtsenat die Entwürfe und Kostenvoranschläge für zwei neue städtische Schulen vor. Über die dazugehörigen Baubewilligungen referierte Stadtrat Dr. Drimmel.

Ein Schulhaus für Volks- und Hauptschüler mit 24 Klassenzimmern und sämtlichen anderen dazugehörigen Einrichtungen wird im 10. Bezirk in der Migerkastraße gebaut. Die Kosten werden mehr als 43 Millionen Schilling betragen.

Ein weiterer Schulbau ist für den 23. Bezirk, Mauer, in der Mangasse projektiert. In diesem Gebiet herrscht eine sehr rege Bautätigkeit, sowohl seitens der Gemeinde Wien als auch der Genossenschaften. In den drei letzten Jahren sind dort 700 neue Wohnungen besiedelt worden, 740 Wohnungen werden in den nächsten

zwei Jahren bezogen werden und bis zum Jahre 1968 sollen noch weitere 1.044 Wohnungen an der Mangasse fertiggestellt sein. Schulraumreserve gibt es dort keine, darum ist es notwendig, schon jetzt vorzusorgen. Der geplante Schulneubau umfaßt acht Klassenzimmer mit sämtlichen dazugehörigen Spezial- und Nebenräumen. In diesem Fall werden die Kosten auf mehr als 14 Millionen Schilling geschätzt.

- - -

#### Personalnachrichten

=====

15. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Bock hat heute der Wiener Stadtsenat den ärztlichen Anstaltsleiter Dr. Clemens Langer (Magistratsabteilung 17) in die Dienstklasse VIII befördert.

Außerdem hat der Wiener Stadtsenat die Magistratsräte Dr. Walter Prohaska (Magistratsabteilung 11), Dr. Richard Sehnal (Magistratsabteilung 65) und Dr. Hans Vorrath (Magistratsabteilung 1) zu Obermagistratsräten befördert.

- - -

#### J-Wagen wieder über den Ring

=====

15. Dezember (RK) Ab Donnerstag, den 17. Dezember, wird die Linie J, die wegen des Umbaues der Kreuzung Lastenstraße-Stadiongasse über die Zweierlinie abgelenkt wurde, wieder über den Ring geführt.

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

## Das Wiener Gesundheitswesen

=====

15. Dezember (RK) Als zweite Verwaltungsgruppe am heutigen dritten Tag der Budgetberatungen wurde die Gruppe V (Gesundheitswesen) behandelt. Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) referierte:

"Durch die außerordentliche Entwicklung und Vermehrung unserer Erkenntnisse in der Medizin beginnen sich neue Aufgaben herauszukristallisieren. Diesen sind wir nur dann gewachsen, wenn wir rechtzeitig dafür sorgen, daß diese überreiche Fülle von neuen Arbeitsgebieten auch eine entsprechende Einordnung, nicht nur in der Universitätsklinik, sondern auch in unseren großen Krankenhäusern erfährt.

Die Fortschritte im Bereich - man kann wohl sagen aller medizinischer Disziplinen - haben eine ungeheure Zersplitterung der Forschung und damit auch der angewandten Medizin mit sich gebracht. Im Sinne der Erzielung von Höchstleistungen ist die Errichtung von hochdifferenzierten Spezialkliniken und Spezialabteilungen eine unbedingte Notwendigkeit.

Das ist - scheint mir auch - der entscheidende Grund dafür, daß wir in unseren großen Spitälern mithelfen müssen, einerseits die Gründung von Spezialabteilungen anzustreben, andererseits durch Förderung der wissenschaftlichen Forschung den immer größer werdenden Aufgabenkreis der medizinischen Wissenschaft zu erfassen.

Dazu gehört vor allem, daß zur Leitung unserer großen Primariate nicht nur Fachärzte, sondern auch wissenschaftlich aktive und dementsprechend geschulte Ärzte herangezogen werden. Wir dürfen mit Recht behaupten, daß hier in Wien dieser wissenschaftliche ärztliche Nachwuchs vorhanden ist.

Die großen internationalen medizinischen Vereinigungen veranstalten nicht deshalb ihre Kongresse in unserer Stadt, weil es hier die Oper und den Heurigen gibt, sie kommen zu uns, weil sie damit die Leistungen der Wiener medizinischen Schule anerkennen.

Neben der kurativen Medizin entwickelt sich ein neuer Schwerpunkt, die prophylaktische Medizin, also jene medizinische Tätigkeit, die das Auftreten einer Krankheit von vornherein verhindern soll.

#### Kinderlähmung ausgerottet

Wenn wir uns an die Budgetberatungen der früheren Jahre erinnern, waren am Beginn die Infektionskrankheiten besonders eindrucksvoll, allen voran die Kinderlähmung mit ihren furchtbaren Folgeerscheinungen und Nachwirkungen.

Die Feststellung, daß die übertragbare Kinderlähmung in ihrer schweren Form praktisch als ausgerottet betrachtet werden kann, ist wohl die erfreulichste, die ich Ihnen heute mitteilen darf. Die überzeugende Wirkung der ersten Aktion zur oralen Schutzimpfung hält weiterhin voll an. Seit Beginn des Jahres 1963 war kein Fall mehr zu verzeichnen, bei dem auf Grund des klinischen Bildes die Diagnose 'Poliomyelitis mit dauernden Lähmungen' zu stellen gewesen wäre.

Mehrere kinderlähmungsähnliche Erkrankungen des heurigen Jahres konnte mittlerweile als nicht durch einen Erreger der Kinderlähmung verursacht, aufgeklärt werden.

Auf Grund dieser überzeugenden Erfolge der Schutzimpfungen gegen Kinderlähmung wurde und wird diese Aktion heuer und im kommenden Jahr fortgesetzt. An dieser Aktion beteiligten sich in diesem Jahr insgesamt 79.000 Personen, darunter 37.760 Erwachsene.

Seit Mitte November läuft wieder eine derartige Aktion unter den gleichen Bedingungen.

Von unter Umständen entscheidender Bedeutung scheint mir zu sein, immer wieder die Bevölkerung aufzurufen, von der Pockenimpfung Gebrauch zu machen. Nicht warten bis diese gefährliche Infektionskrankheit eingeschleppt ist.

#### 'Rattenkampftage'

Eng in Verbindung mit der Bekämpfung der Infektionskrankheiten und Seuchen steht in dem Referat der allgemeinen Hygiene die Rattenbekämpfung.

Über mein Ersuchen hat der Leiter des Veterinärarnamtes mit verschiedenen Professoren der Tierärztlichen Hochschule darüber Gespräche geführt.



Über unseren Vorschlag wurde die 'Verordnung über die planmäßige Bekämpfung der Ratten von Wien' dahingehend geändert und ergänzt, daß außer der zweimonatlichen Begehung und Nachschau in befallenen oder gefährdeten Gebieten kürzere Zeiträume festgelegt werden. Wenn es zur Abwendung der Gefahr eines Überhandnehmens von Ratten erforderlich ist, können auch fallweise zusätzliche Bekämpfungsmaßnahmen, sogenannte Rattenkampftage, angeordnet werden.

Nach den von der Innung vorgelegten Berichten wurden 1963 103.159 Giftauslegungen durchgeführt, im ersten Halbjahr 1964 71.941 Auslegungen. Eine umfangreiche Liste mit besonders befallenen Stellen in ganz Wien wurde erst vor einigen Tagen von der Innung der Schädlingsbekämpfer erstellt. Entsprechend dieser Liste wird nun diese forcierte Rattenvertilgungsaktion ober und unter dem Kanalgitter, wenn ich so sagen darf, durchgeführt.

Hand in Hand mit der Rattenplage geht in Wien auch die Taubenplage. Durch das Füttern finden aber nicht nur diese Tiere, sondern auch die Ratten reichlich Nahrung.

#### Reine Luft und keinen Lärm

Ein wichtiges Problem des Gesundheitsschutzes ist die Reinhaltung der Luft. Luftverschmutzung ist gesundheitsschädigend. Nicht nur Menschen, auch Pflanzen und Tiere werden davon betroffen.

Der Feldzug gegen die Luftverschmutzung hat einen technischen als auch vor allem einen gesetzlichen Gesichtspunkt. Klare Gesetze müssen endlich geschaffen werden. Meines Erachtens genügen die bestehenden Vorschriften nicht, abgesehen davon, daß diese Vorschriften ja auch nicht immer eingehalten werden. Besondere Vorkehrungen für Industrie, für die Hausfeuerungen und vor allem für die Motorfahrzeuge müssen nicht nur vorhanden sein, ihre Wirksamkeit hängt vor allem auch davon ab, wie sie von den ausführenden Organen ausgelegt werden.

Wollen wir hoffen, daß ein entsprechendes Luftreinhaltegesetz möglichst bald geschaffen wird.

Auch die Notwendigkeit der Lärmbekämpfung muß von der Gesundheitsbehörde immer wieder gefordert werden. Lärmbelästigung ist häufig Ursache vegetativer Funktionsstörungen.

Soweit es am Gesundheitsamt liegt, die Frage zu klären, ob eine vorhandene Lärmbelästigung noch zumutbar ist oder nicht, werden diese Gutachten nach strengsten Maßstäben behandelt.

Die bestehenden ausgezeichneten Vorschriften, die die Lärmbekämpfung ermöglichen, werden aber meines Erachtens von den Exekutionsorganen in viel zu geringem Ausmaß gehandhabt.

#### Kampf gegen Krebs und Tbc

Unsere Gesundenuntersuchungsstellen finden nach wie vor regen Zuspruch. Auch im abgelaufenen Jahr konnten bei 7.735 Personen, die die Gesundenuntersuchungsstellen besuchten, wieder 187 carzinomverdächtige Befunde erhoben werden. Was aber vielleicht nicht weniger von Bedeutung ist, daß 5.177 Personen davon wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen worden sind.

Die Tuberkulosebekämpfung war auch in diesem Jahr erfolgreich. Die Zahl der Personen mit offener Tuberkulose verringerte sich um 6,4 Prozent, die Zahl der Neuerkrankungen um 10,86 Prozent.

Eine überaus wichtige Maßnahme zur Ausrottung dieser Seuche stellt die BCG-Impfung unserer Säuglinge dar. Und hier kann ich Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß bereits 94,4 Prozent aller in Wien Geborenen diese Schutzimpfung bekamen.

Die zweite ebenso wichtige Aufgabe stellt die Auffindung der unbekanntenen Tuberkulösen dar, die ihrerseits wieder ihre Umgebung gefährden. Diese Aufgabe kann nur durch Röntgenreihenuntersuchungen in großem Maßstab gelöst werden. In diesem Jahr konnten an die 50.000 Personen nach dem Schirmbildverfahren einer Untersuchung der Lunge unterzogen werden. Dabei wurden 73 an Tuberkulose erkrankte Personen festgestellt. Im kommenden Jahr ist die Aufstellung weiterer Schirmbildgeräte und Anschaffung eines zweiten fahrbaren Röntgengerätes vorgesehen.

Alkoholiker

Unsere Fürsorge für Alkoholiker betreut bereits nahezu 10.000 Patienten.

Im kommenden Arbeitsjahr wird die weitere Erfassung Alkoholkranker noch mehr intensiviert werden.

Der psychiatrische Rehabilitationsdienst hat in diesem Jahr seine Zusammenarbeit mit dem Betreuungsdienst für Alkoholkranke, vor allem in personeller Hinsicht vertieft. Dadurch war es möglich, die Betreuungstätigkeit für Geisteskranke auf zwei Beratungsstellen im Bereich der Stadt Wien auszudehnen. Mit diesen zwei Beratungsstellen kann allerdings das Gesamtgebiet Wiens nicht erfaßt werden und es ist unser unmittelbares Ziel, eine Erweiterung des Betreuungsnetzes, durch Schaffung von Beratungsstellen im 2. und 11. Bezirk durchzuführen. Praktische Ärzte und Kassen anerkennen und schätzen unseren neugegründeten Rehabilitationsdienst. Unsere Kartei erfaßt schon 5.966 Patienten.

Auch die Arbeit unseres schulärztlichen Dienstes kann auf schöne Erfolge hinweisen. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 131.000 Kinder einer Untersuchung unterzogen. 74.000 Schulkinder wurden der oralen Poliomyelitisimpfung zugezogen. Ebenso sind die Erfolge unserer Schulzahnkliniken außerordentlich erfreulich. Nachdem die derzeit wirkungsvollste Cariesprophylaxe in Fluorverabreichung besteht, wird diese im kommenden Jahr wesentlich erweitert. In Zukunft werden nun in allen Schulen bis zum 15. Lebensjahr die Fluortabletten verabfolgt. Die Verhandlungen zur Errichtung einer Kieferorthopädie sind noch nicht abgeschlossen. Ich hoffe aber, daß es gelingen wird, eine derartige Station einrichten zu können.

In unseren Schwangerenberatungsstellen wurde zur Erlangung des Säuglingswäschepaketes nicht nur wie bisher Wassermannreaktion vorgeschrieben, ab Juli 1964 ist auch der Nachweis der Rhesusfaktor- und Blutgruppenbestimmung erforderlich. Ich bin der Überzeugung, daß diese für die Geburtshelfer und für die Kinderärzte so wichtige Maßnahme sich schon im kommenden Jahr sehr erfolgreich auswirken wird.

Messung der Radioaktivität

Auch die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt wird im kommenden Jahr um einen für eine Großstadt unter Umständen sehr wichtigen Apparat bereichert. Es ist im Jahre 1965 die Anschaffung eines Vielkanal-Analysators vorgesehen, der zur qualitativen und quantitativen Analyse von strahlenden Stoffen jeder Art dient. Die Messungen, wie sie derzeit möglich sind, erstrecken sich nur auf die Gesamtaktivität der Strahlung, geben aber noch keinen Aufschluß über die gesundheitsschädliche Auswirkung. Die richtige Beurteilung des Grades der Gefährdung der Bevölkerung, z.B. durch Genuß von radioaktiv verseuchtem Wasser kann aber erst bei genauer Kenntnis von Art und Menge der vorhandenen Radioisotopen gegeben werden.

Tausende Untersuchungen wurden im Zusammenhang mit der Trinkwasserversorgung Wiens durchgeführt, sowohl im Bereich der künftigen dritten Wiener Wasserleitung, als im Zusammenhang mit der Erweiterung der Wiener Wasserversorgung auf der Schneealpe und schließlich auch noch für das im Bau befindliche Grundwasserwerk in der Lobau.

Weitere wichtige bakteriologische Großuntersuchungen wurden im Bereich der Donau und auch der Alten Donau durchgeführt.

Alle Kräfte dieser Abteilung werden im kommenden Jahr für diese so wichtigen Untersuchungen, die an Zahl von Jahr zu Jahr ansteigen, eingesetzt werden müssen.

Die Bettensituation

Der Referent berichtete dann über die für das Jahr 1965 vorgesehenen Arbeiten im Bereich des Anstaltenamtes.

Die Bettensituation des Jahres 1964 war auch im Sommer angespannt, weil durch umfangreiche Um- und Zubauten eine beträchtliche Zahl von Krankenbetten nicht belegbar war. Es war daher eine besonders schwierige Aufgabe, durch eine zentrale Lenkung dafür zu sorgen, daß trotz der Bauarbeiten in fast allen Krankenhäusern ein gefährlicher Engpaß im Hinblick auf die Bettenversorgung nicht eingetreten ist. Der neue Aufnahmemodus hat sich bisher gut bewährt. Diese Neuregelung besteht nun fast über ein Jahr und ich kann die erfreuliche Feststellung machen, daß seit dieser Zeit - von wenigen umstrittenen Einzelfällen abgesehen - alle vorgemerkten Patienten

untergebracht werden konnten.

Für das Jahr 1965 wird in der Bettensituation durch die zwei neuen medizinischen Abteilungen zu je 130 Betten im Wilhelminenspital eine gewisse Erleichterung eintreten. Andererseits können sich Schwierigkeiten in der Bettenversorgung 1965 dadurch ergeben, daß die umfangreichen Adaptierungs- und Umbauarbeiten an der II. Chirurgischen und der I. Universitäts-Frauenklinik Bettenverluste mit sich bringen, ferner auch die Umbauten im Zuge der Errichtung der Kieferchirurgischen Klinik, der Orthopädischen Klinik und der Urologischen Klinik.

Die Schwierigkeiten, die volle Bettenkapazität zur Verfügung zu halten, liegen aber nicht nur auf dem Bausektor, sondern ebenso auch auf dem Personalsektor. Es fehlt an Krankenschwestern und an Hauspersonal.

#### Neue Spitalsbauten

Nach der Größe und Bedeutung unserer Bauvorhaben steht der Neubau der Universitätskliniken - Allgemeines Krankenhaus - an der Spitze. 90 Millionen Schilling sind als Rate für das Jahr 1965 vorgesehen.

Mit dem Neubau der Personalhäuser in der Front Lazarettgasse wurde bereits der Anfang gemacht und diese Bauten schreiten rasch vorwärts. Im kommenden Jahr wird mit dem Bau der Psychiatrisch-neurologischen Universitäts-Klinik und der Universitäts-Kinderklinik begonnen; letzterer wird eine heilpädagogische Station sowie eine Kinder- und jugendpsychiatrische Klinik angeschlossen sein. Ebenso ist die Errichtung einer Krankenpflegeschule, wie einer medizinisch-technischen Schule und Vorschule im kommenden Jahr geplant.

Daneben dürfen wir aber nicht außer acht lassen, daß das alte Haus noch mindestens zehn Jahre seine Aufgabe als Krankenhaus zu erfüllen hat und wie außerordentlich groß diese Aufgabe ist, ersehen Sie daraus, daß pro Jahr ~~cirka~~ 21.000 Patienten stationär aufgenommen und 300.000 Patienten ambulant behandelt werden.

Es ist klar, daß für die Instandhaltung, beziehungsweise Sanierung dieses alten Hauses immer wieder beträchtliche Beträge aufgewendet werden müssen, da ja bis zur Vollendung des Neubaus das alte Haus voll belegt sein wird. Als besonders wichtiges und erfreuliches Ereignis im Rahmen des alten Allgemeinen Krankenhauses möchte ich die Eröffnung der Neurochirurgischen Universitäts-Klinik

unter ihrem Vorstand Professor Dr. Herbert Kraus hervorheben. Diese Neurochirurgische Klinik konnte nach einer Gesamtbauzeit von 18 Monaten in Betrieb genommen werden, die Kosten werden zwölf Millionen Schilling betragen.

Im Allgemeinen Krankenhaus wurde auch eine Abteilung für experimentelle Chirurgie in diesem Jahr in Betrieb genommen. Hier können hochspezialisierte Operationsverfahren am Tier erlernt werden, experimentelle Untersuchungen durchgeführt und neue chirurgische Methoden entwickelt werden.

Im kommenden Jahr wird auch eine Betatronbestrahlungsanlage im Allgemeinen Krankenhaus geschaffen.

Abgesehen von den baulichen Modernisierungsarbeiten der I. Chirurgischen Universitäts-Klinik, der Operationssaaltrakt ist bereits fertiggestellt, wird im kommenden Jahr die Urologische Klinik, die Kieferchirurgie und die Orthopädie, ebenso auch die I. Universitäts-Hautklinik überholt.

Gerade wegen dieser umfangreichen Adaptierungen in den ehrwürdigen Kliniken des alten Hauses stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Kommission ins Leben gerufen werden müßte, die Vorschläge über die weitere Verwendung dieses Hauses prüfen und unterbreiten sollte.

Das gewaltige Bauvorhaben im Bereich der I. Universitäts-Frauenklinik und der II. Chirurgischen Universitäts-Klinik ist bereits so weit fortgeschritten, daß der Gesamtumbau der Klinik im Jahre 1966 vollkommen abgeschlossen sein wird.

Das zweite große Bauvorhaben ist das Rudolfspital. Das neue Schwesternhaus wurde bereits am 23. Mai eröffnet.

Die umfangreichen Planungsarbeiten für dieses Schwerpunktspital sind nahezu abgeschlossen. Es werden 26 Stationen geschaffen, pro Station sind 37 Krankbetten vorgesehen. Die Stationen verteilen sich auf: acht chirurgische, acht interne, drei gynäkologische (mit Geburtshilfe), zwei Augen-, drei urologische, eine HNO- und eine Strahlenstation.

Die Ambulanzen und Behandlungsräume sind als sogenannter Breitfuß im Erdgeschoß vorgesehen. Für den Bau dieses Breitfußes wird derzeit ein sehr interessantes Problem genau studiert: Es besteht die Möglichkeit, die Ambulanzräume durch Wände zu unterteilen, die in Fertigbauweise hergestellt sind, wobei eine Ände-

rung der Raumeinteilung, so sie sich später als notwendig erweist - und die Entwicklung der Medizin läßt das ja eher erwarten - mühelos durchgeführt werden kann. Die Wände bestehen aus Metallrahmen und können ohne wesentliche Maurerarbeit und vor allem auch ohne Staubentwicklung umgebaut und entsprechend wieder eingesetzt werden.

Eines der wichtigsten Projekte, das derzeit von der Planungskommission bearbeitet wird, ist das neu zu errichtende Krankenhaus jenseits der Donau, das vorläufig den Arbeitstitel 'Wien - Ost' trägt. Der ganze Krankenhauskomplex soll rund 1.000 Betten umfassen, davon sind 500 für das Akutkrankenhaus vorgesehen, 500 Betten für chronisch Kranke, beziehungsweise alte pflegebedürftige Menschen. Diese vorgesehene Aufgliederung bietet große Vorteile, da es dadurch möglich ist, Patienten, die keine intensive Spitalsbehandlung mehr brauchen, vom Akutkrankenhaus in die Pflegeabteilung zu verlegen.

Dieses Krankenhaus wird die notwendigen Hauptabteilungen (Chirurgie, Interne, Gynäkologie und Geburtshilfe, eine Kinder- sowie eine urologische Abteilung) umfassen, außerdem eine wichtige Funktion für die Versorgung der Unfallverletzten des Stadtgebietes jenseits der Donau erfüllen.

Für dieses Krankenhaus wird es außerdem notwendig sein, ein Schwesternhaus und eine Krankenpflegeschule mit Vorpraktikum im Ausmaß von circa 150 Plätzen einzuplanen.

Ein weiteres großes Bauvorhaben betrifft das Elisabeth-Spital. Der Neubau des Prosekturgebäudes und des Zentrallabors wurde heuer vollendet. Im kommenden Jahr wird nun zunächst der Neubau der chirurgischen Abteilung in Angriff genommen.

Im Krankenhaus Lainz sind die baulichen Arbeiten zur Schaffung eines mit den modernsten Geräten ausgestatteten Strahlencentrums beachtlich weit fortgeschritten. Im kommenden Jahr wird mit dem Bau eines modernen Zentral- und Isotopenlabors begonnen, die schwierigen Vorarbeiten dazu wurden in diesem Jahr abgeschlossen. Ein Betrag von drei Millionen Schilling konnte im neuen Budget für dieses Projekt bereitgestellt werden.

Im Wilhelminenspital konnte der Pavillon 29 seiner Bestimmung übergeben werden. Das Wilhelminenspital, das ja zu den Schwerpunktspitälern Wiens zählt und jährlich cirka 350.000 Verpflegstage aufzuweisen hat und pro Jahr mehr als 16.000 Patienten aufnimmt, ist damit um einen wichtigen Pavillon vergrößert worden. Dieser große Pavillon besteht aus zwei internen Abteilungen zu je 130 Betten.

Besonders erwähnenswert scheint mir die Errichtung einer Spezialabteilung für lebensbedrohliche Stoffwechselstörungen im Rahmen einer der internen Abteilungen. Diese Spezialabteilung wurde mit einer künstlichen Niere ausgestattet.

Der große chirurgische Pavillon, der 275 Betten aufnehmen wird, wird in der ersten Hälfte des Jahres 1965 fertiggestellt.

Neben der besonders sorgfältigen Ausgestaltung der Krankenzimmer wurde allergrößter Wert auf die Vereinfachung der Arbeitsbedingungen des Krankenpflegepersonals gelegt. Die Gesamtkosten für diese Neubauten betragen 180 Millionen Schilling.

Das neue Zentralröntgeninstitut mit eigener Bettenstation von 20 Betten ist im Rohbau fertig. Die Ausstattung allein wird etwa fünf Millionen Schilling kosten, außerdem erhält dieses Institut eine Kobaltkanone.

Eine entscheidende Maßnahme zur Verbesserung der Unfallverletzten wird der Neubau einer großen Unfallstation im Wilhelminenspital sein. Mit diesem Neubau wird im kommenden Jahr begonnen. Die bereits fertiggestellten Pläne werden derzeit noch von der Planungskommission überarbeitet. Diese Unfallstation wird cirka 120 Betten umfassen.

Im Franz Josef-Spital ist es gelungen, nun den Neubau einer urologischen Abteilung sicherzustellen. Dieser neue Pavillon, der außer der urologischen Abteilung auch noch die Fachambulanzen für Gynäkologie, für Hautkrankheiten und für Kieferchirurgie aufnehmen soll, ist das letzte große Bauvorhaben, das wir dort verwirklichen wollen. Der Neubau wird 100 Betten umfassen und ist schon mit Rücksicht auf den steigenden Anfall der altersbedingten urologischen Erkrankungen eine dringende Notwendigkeit.



Das Raumprogramm sieht folgende Aufgliederung des Pavillons vor: drei Stationen mit je 35 Krankenbetten, die urologische Ambulanz mit Einrichtung für Cystoskopie und Röntgen, Operationseinheit, Laboratorium und Räume für die künstliche Niere.

Ein weiteres erfreuliches Ereignis im Franz Josef-Spital war die Eröffnung der III. Medizinischen Abteilung im Pavillon H, die wir im Herbst heurigen Jahres vornehmen konnten. Der ganze Bau konnte nach der relativ kurzen Bauzeit von 25 Monaten vollendet werden, die Gesamtkosten betragen ohne Inventar 17,5 Millionen Schilling.

Ein großes Projekt, welches 1965 in Angriff genommen wird, ist die Errichtung eines Sonderkinderkrankenhauses für gehirngeschädigte Kinder im Gelände des Rosenhügels. Diese Abteilung ist derzeit behelfsmäßig im Areal des Altersheimes Lainz untergebracht. Für diese besonders bedauernswerten Kinder soll eine neue moderne Anstalt errichtet werden, die eine Einheit von Krankenhaus, Schule und Arbeitstherapie bildet.

Auch in der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe werden im kommenden Jahr umfangreiche Bauarbeiten durchgeführt.

#### Die Altersheime

In den sogenannten Altersheimen besteht derzeit ein systemisierter Bettenstand von 6.315 Betten. Es war trotz des Umbauens von Krankenabteilungen ein Durchschnittsbettenbelag von mehr als 90 Prozent gegeben.

Die Aufnahmen betragen in den ersten neun Monaten des Jahres 1964 insgesamt 3.276, davon 2.756 aus Wohnungen und 520 aus Krankenhäusern. Die durch die Magistratsabteilung 12 genehmigten Aufnahmen waren im Durchschnitt des Jahres 1964 um etwa 600 höher als freie Betten zur Aufnahme von Patienten zur Verfügung standen. Die Bettenverknappung hat sich gegenüber dem Vorjahr verschärft.

Die Bettenknappheit in den Altersheimen bewirkt ferner vor allem, daß ausgesprochene Pflegefälle oft monatelang in Spitalspflege verbleiben müssen und nicht auf Krankenabteilungen von Altersheimen überstellt werden konnten. Diese Tatsache ist die Ursache unserer Spitalsbettennot.

Nur durch Neubau von Pflegeheimen kann dem abgeholfen werden.

Derzeit wird an der Planung eines Altersheimes links der Donau im städtebaulichen Entwicklungsgebiet gearbeitet.

Im Altersheim Lainz wird der Umbau des Pavillons XI (Neurologische Abteilung) fortgesetzt.

Mit dem Einbau einer Zentralheizung in die noch ofenbeheizten Pavillons IV, VI und XIV mit einem Gesamtkostenaufwand von 24 Millionen Schilling wurde heuer begonnen, die Fortführung dieses für das Wohlbefinden der Patienten so wichtigen Projektes ist auch im Jahr 1965 in vollem Umfang gewährleistet.

Im Altersheim Baumgarten wird die Installation der Zentralheizung, die Gesamtkosten dafür betragen 23 Millionen Schilling, fortgeführt. Die Adaptierung des Pavillons VI (ehemaliges Polizeikommissariat) wird mit einem Gesamtaufwand von 8,6 Millionen Schilling im kommenden Jahr vollendet.

Im Jahr 1963 konnte der Pavillon III - in diesem Pavillon befand sich lange Zeit das Anstaltenhauptlager - in eine Krankenabteilung für alte Patienten umgebaut werden. Auf Grund des großen Erfolges dieser Umwidmung werden heuer und im kommenden Jahr Pläne erarbeitet, die nun auch den Pavillon IV in eine schöne, moderne Abteilung umwandeln sollen.

Zur Verbesserung der sanitären Situation im Altersheim Liesing werden neue Bäder und Teeküchen sowie eine Schwesterngarderobe eingerichtet. Auch der Anschluß einiger noch ofenbeheizter Räume an die Zentralheizung ist vorgesehen. Darüber hinaus bestehen jedoch Pläne, das Altersheim Liesing, dessen Umbau- und Modernisierungsarbeiten Unsummen verursachen und dabei doch nicht recht befriedigen würden, an anderer Stelle vollkommen neu zu bauen.

Auch im Altersheim St. Andrä werden verschiedene Arbeiten durchgeführt, die vor allem bessere sanitäre Verhältnisse und eine Vermehrung der Bettenzahl von 200 auf 270 mit sich bringen. Es sind nunmehr endlich alle Räume zentralbeheizt.

In den Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke bleibt der systemisierte Bettenstand mit 3.850 Betten auch im Jahr 1965 unverändert. Es entfallen auf das Psychiatrische Krankenhaus (ehemals Steinhof) 2.650 und auf die Heil- und Pflegeanstalt Ybbs an der Donau 1.200 Betten.

Unter den aufgenommenen Patienten möchte ich die große Zahl von Alkoholikern hervorheben, nämlich 1.199, davon 1.039 Männer und 160 Frauen. Aus dieser Zahl allein können Sie, meine Damen und Herren, die Bedeutung der Frage des chronischen Alkoholismus für unser Gemeinwesen ablesen.

Im Psychiatrischen Krankenhaus wird der Umbau und die Adaptierung des Pavillons 24 im Sommer 1965 vollendet sein. Erstmals wird dabei der Versuch einer Pavillonseinteilung nach neuen Gesichtspunkten unternommen, die den Patienten kleinere Schlafräume und gleichzeitig größere Bewegungsfreiheit innerhalb der Abteilung bieten soll.

Schon im Vorjahr wurde in der Anstalt ein Nachtspital eingerichtet. Bis zur völligen Rehabilitierung verbleiben die Patienten des Nachts noch in der Anstalt, gehen aber tagsüber schon einer Beschäftigung nach. Die ärztliche und pflegerische Überwachung bleibt gewahrt, bei Eintritt von negativen Einwirkungen kann sofort ärztlich eingeschritten werden.

Auch ein Tagsspital wurde eingerichtet. Die Patienten werden in häusliches Milieu entlassen, schlafen bei ihrer Familie und kommen tagsüber zur medizinischen und arbeitstherapeutischen Behandlung in die Anstalt.

In der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs an der Donau sind wir dabei, die auf dem Anstaltsgebäude befindliche Ökonomie den sanitären Erfordernissen entsprechend neu zu errichten.

#### Rettung: Weniger Kilometer

Nun einige Worte zu unserem Rettungs- und Krankenbeförderungswesen. Trotz bedauerlicher Zunahme, vor allem der schweren Verkehrsunfälle und trotz Ausbau der städtischen Wohngebiete gerade am Stadtrand ist ein leichter Rückgang der Ausfahrten sowohl bei der Rettung, als auch beim Krankenbeförderungsdienst feststellbar. Interessant dabei ist, daß die Anzahl der zurückgelegten Kilometer im Vergleich zur Anzahl der Ausfahrten in einem stärkeren Ausmaß zurückgegangen ist. Ich führe das sowohl auf die Einführung des Sprechfunks zurück, als auch auf die Neuregelung der Spitalseinsweisung beziehungsweise auf das Bestehen der Bettenzentrale, die ein gezieltes Einweisen des Patienten in ein Spital ermöglicht.

Im vorigen Jahr und heuer wurde mit der Generalsanierung unseres Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes begonnen. Ich möchte hier besonders hervorheben den Umbau und die Ausgestaltung der Rettungszentrale selbst, den Umbau und die Übernahme der neuen Station Wienerberg, der Station Aspern, den Umbau und die Verlegung der Station Penzing in das Objekt Baumgartner Straße 1. Alle diese Stationen wurden auch mit einer Zentralheizungsanlage versehen. Weiter konnte mit dem völligen Neubau einer Rettungs- und Sanitätsstation im Arsenal begonnen werden.

Im kommenden Jahr werden der Neubau der Station Arsenal sowie in der Rettungszentrale die Erweiterungs- und Modernisierungsarbeiten fortgesetzt. Nach Fertigstellung der Station Penzing wird der Abbruch des alten Hauses durchgeführt. Aber auch bereits in der Station Meriahilf wird mit dem notwendigen Umbau begonnen werden.

Außerdem wurden die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für den Bau einer neuen Rettungsstation auf den Gründen in Wien 17, Lidlgasse, bewilligt.

Derzeit werden die Wagen des Krankenbeförderungsdienstes mit Sprechfunkanlagen ausgerüstet und eine ortsfeste UKW-Station geschaffen, da sich beim Rettungsdienst diese Einrichtung schon seit Jahren bestens bewährt hat.

#### Lehrlingsheime

Zur Geschäftsgruppe V zählen auch die Lehrlingsheime. Im Jahr 1964 konnten von den in den drei Lehrlings- und einem Lehrlingsmädchenheim untergebrachten Zöglingen 72 Burschen und 16 junge Mädchen mit sehr gutem Erfolg ihre Lehrzeit abschließen.

#### Personalprobleme

Es ist verständlich, daß unsere besondere Obsorge dem Nachwuchs an Krankenschwestern gilt. Wir dürfen nicht vergessen, daß im Gesundheitswesen von morgen die Krankenschwestern eine noch viel größere Rolle spielen als heute. Eine wirksame und wissenschaftlich fundierte Werbung durchzuführen ist deshalb eine *Conditio sine qua non*. Wir haben uns deshalb auch mit dem werbewissenschaftlichen Institut an der Hochschule für Welthandel in Verbindung gesetzt, und ich möchte an dieser Stelle dem Ordinarius dieses Instituts für seine wertvollen Anregungen herzlichst danken. Anfang Juli wurde eine groß angelegte Werbeaktion in allen

Tages- und Wochenzeitungen von Wien, Niederösterreich und Burgenland durchgeführt, als deren Ergebnis mehrere 100 Anfragen schriftlich und telefonisch beantwortet werden konnten. Auch im Rundfunk und im Fernsehen wurde eine Werbeaktion eingeschaltet. Als Ergebnis dieser Werbung kann ich jetzt schon feststellen, daß sich diese in den Aufnahmezahlen der Krankenpflegeschulen im Herbst 1964 deutlich niederschlägt. Die Zahl der in die allgemeinen Krankenpflegeschulen neueintretenden Schülerinnen ist gegenüber 1963 um 50 Prozent gestiegen.

Durch den Erfolg dieser ersten Werbeaktion ermutigt, haben wir die Absicht, auch im nächsten Jahr eine intensive Werbeaktion durchzuführen, um weiterhin den Zugang zu den Krankenpflegeschulen in dieser Höhe halten zu können.

Als sehr günstig hat sich auch die Einführung des sogenannten Vorpraktikums erwiesen. Die bestehenden Vorpraktika in den Krankenpflegeschulen am Allgemeinen Krankenhaus und an der Krankenanstalt Rudolfstiftung haben sich gut eingeführt. Der Andrang zu diesen Vorpraktika ist so groß, daß nun auch im Franz Josef-Spital und im Krankenhaus Lainz ein weiteres Vorpraktikum eröffnet werden kann. Dieser erfreuliche Erfolg der erst seit zwei Jahren bestehenden Vorschulen ist ebenfalls ein Produkt der intensiven Werbung. Es wurden eigene illustrierte Prospekte geschaffen und an die Hauptschulen und Arbeitsämter zur Verteilung gebracht.

Alles in allem sind wir meines Erachtens aber mit unserer Werbung erst am Anfang. Daß sie wesentlich ist, das zeigen bereits unsere Erfolge. Diese Werbung für unser Personal muß eine ständige Einrichtung werden, die auf wissenschaftlicher Basis aufgebaut, genaue soziologische Untersuchungen durchführt, ein langfristiges Werbeprogramm entwickelt und uns auch dementsprechende Vorschläge unterbreitet.

Ich würde deshalb vorschlagen, einen eigenen Werbeausschuß im Interesse dieser systematischen Untersuchungen zur Durchführung einer gezielten Werbung ins Leben zu rufen.

Die modernen und neuen Unterkunftsmöglichkeiten für unser Krankenpflegepersonal werden zweifellos auch dazu beitragen, bei vielen Mädchen den Entschluß, Krankenschwester zu werden, positiv zu beeinflussen. Im Mai vergangenen Jahres konnten wir das schöne neue Schwesternheim im Franz Josef Spital eröffnen, weiter konnte inzwischen das neue Schwesternhaus im Rudolfspital vollendet werden, ebenso das neue Schwesternheim im Wilhelminenspital. Beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wurde mit dem Bau der Personalwohnungen der Anfang gemacht.

Im Preyer'schen Kinderspital wird mit dem Bau eines schönen modernen Schwesternheimes im kommenden Jahr begonnen.

Am Schluß meiner Ausführungen will ich es nicht versäumen, allen Bediensteten meiner Verwaltungsgruppe für ihre Arbeit herzlichst zu danken und sie zu bitten, auch im kommenden Jahr ihre ganze Kraft zur Realisierung unserer Vorhaben einzusetzen."

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Die Debatte über das Wohlfahrtswesen

Der Vorsitzende, GR. Marek, eröffnet die Spezialdebatte über die Ansätze der Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, und erteilt GR. Lauscher (KLS) das Wort.

Zunächst spricht der Debattenredner zum Kapitel Jugendfürsorge und betont, daß in Wien ein ernster Mangel an Tagesheimstätten herrsche. Dieser Mangel habe sich sogar weiter verschärft. Der Zuwachs von 3.000 Plätzen in den Kindertagesheimstätten innerhalb der letzten fünf Jahre genüge keinesfalls den wachsenden Anforderungen. Ihm sei bekannt, daß allein im 10. Bezirk 2.000 Vormerkungen, im 20. und 21. Bezirk mehr als 1.000 Vormerkungen vorlägen. Ein besonders krasser Mangel an Tagesheimplätzen bestehe auch in den Bezirken 2, 3, 7, 11, 12, 18 und 19. Hier sei es den berufstätigen Müttern kaum möglich, ihre Kinder in einem Tagesheim unterzubringen. Ferner sollen angeblich 14.000 Kinder in Wien für eine Aufnahme in die Horte vorgemerkt sein. Er wisse nicht, so sagt GR. Lauscher, ob dies stimme. Wenn es aber stimme, dann sei es klar, daß auch auf dem Gebiet der Kinderhorte in manchen Teilen Wiens ein ernster Notstand herrscht.

Vor den Wahlen habe Stadtrat Maria Jacobi eine rasche Vermehrung der Kindertagesheimstätten versprochen. Sie erklärte, das Ziel sei, 30.000 neue Plätze in Tagesheimstätten zu schaffen. Nun aber sei man enttäuscht, weil die Berichterstatterin heute nichts darüber gesagt habe. Wie ernst also war dieses Wahlversprechen gemeint? In welcher Zeit sollen die 30.000 versprochenen Plätze geschaffen werden? Besteht bereits ein konkreter Plan dafür?

Eine weitere Frage sei, wie sich die Berichterstatterin die Lösung des Personalproblems in den Kindertagesheimen vorstelle. 30.000 Plätze mehr bedeute nämlich 333 neue Abteilungen mit 500 neuen Kindergärtnerinnen. Wie stelle man es sich vor, dieses Personal zu bekommen? Jedenfalls habe man nicht rechtzeitig genug begonnen, auf diesem Sektor für Nachwuchs zu sorgen. Zehn Prozent der Kindergärtnerinnen scheiden alljährlich aus dem Dienst aus. 1965 werden nur etwa 70 ausgebildete Kindergärtnerinnen die Schulen verlassen, das seien um 30 weniger als der Abgang.

Man versuche zwar, durch Aufnahme von Laienhelferinnen dem Problem beizukommen. Dies könne jedoch keine Lösung sein. Die Kindertagesheimstätten hätten heute eine andere Funktion zu erfüllen als früher. Sie müßten heute vielfach die Familie ersetzen. Daher würden auch an das Personal, das oft Mutterstelle vertreten muß, höhere Anforderungen gestellt. Die Kindertagesheime dürften nicht zu Aufbewahrungsstätten für Kinder herabsinken. Man brauche keine Aufpasser, sondern gut geschultes Personal, die Laienhelferinnen könnten daher nur eine Übergangslösung sein. Die Errichtung neuer Kindertagesheime müßte also gemeinsam mit der Ausbildung des Personals geplant werden. Dies sei gegenwärtig nicht der Fall. Darüber hinaus aber entspreche auch die Bezahlung der Kindergärtnerinnen keineswegs ihrem verantwortungsvollen Beruf. Eine bessere Bezahlung sei auch aufs engste mit der Sicherung des Nachwuchses verbunden.

Bei der Errichtung von Betriebskindergärten bestehen nicht zu unterschätzende Probleme, denn sie bewähren sich in den meisten Fällen nur dort, wo der Wohnort und der Betrieb räumlich sehr eng beieinander liegen. Anderenfalls wäre die Mutter gezwungen, ihr Kind zeitig früh und womöglich von einem Ende der Stadt zum anderen, mitzunehmen.

Unsere Sonderkindergärten sind ein Schmuckstück in der Jugendfürsorge, jedoch in ihrer Zahl nicht ausreichend. Mehr solcher Sondereinrichtungen wären dringend notwendig.

Ein Sorgenkind auf dem Sektor der Jugendfürsorge sind die Erziehungsheime, von denen es viel zu wenig geschlossene Heime mit Lehrwerkstätten gibt. Der Lindenhof, der sich bestens bewährt, ist leider überfüllt. Als ungünstig erachtet es der Redner, daß im Lehrmädchenheim Nußdorf nette, anständige Lehrmädchen in einer sogenannten indifferenten Gruppe mit schwierigen Mädchen ihre Freizeit verbringen müssen. Es wäre notwendig, ein eigenes Lehrmädchenheim für ordentliche Mädchen einzurichten, ähnlich wie die Arbeiterkammer eines hat. Erfreulich ist die Errichtung je eines Gesellenheimes für Burschen und Mädchen. Derartige Einrichtungen müßten gleichfalls in größerer Zahl geschaffen werden.

Bei den städtischen Fürsorgerinnen hat sich arbeitsmäßig leider nichts geändert. Es herrscht hier nach wie vor krasser Personalmangel und die Fürsorgerinnen sind starken beruflichen



Belastungen ausgesetzt. Ihrer Forderung nach Einreihung in Gruppe B müßte endlich Rechnung getragen werden.

Auf dem Sektor der Erwachsenenfürsorge muß man für die Schaffung altersgerechter Wohnungen eintreten, für einen Kampf gegen die Einsamkeit, Vermehrung der Zahl der Haushaltshilfen und Hauskrankenpflegerinnen. Zu den städtischen Pensionistenheimen besteht ein großer Andrang, der auch durch den Bau von zwei weiteren Heimen nicht befriedigt werden kann. Auch in den Altersheimen ist ein Bett oft nur nach monatelanger Wartezeit zu bekommen. Man müßte daher den alten Menschen durch die Zurverfügungstellung einer Heimhilfe oder einer Hauskrankenpflegerin viel länger die Möglichkeit geben, im eigenen Haushalt bleiben zu können. Mehr derartige Helferinnen wären durch bessere Bezahlung und durch individuellere Arbeitszeit sicherlich eher zu gewinnen.

Es wurde auch von einer sogenannten nachgehenden Fürsorge gesprochen. Hier könnten die Fürsorgeräte und sicherlich auch die Magistratischen Bezirksämter mithelfen, die in ihren Bereichen sicher besser darüber informiert sind, wo es einsame alte und hilfsbedürftige Menschen gibt.

Bei den Opferfürsorgeanträgen sind von den 170.000 eingebrachten Ansuchen noch immer 17.000 nicht erledigt. Hier sollte schneller und weniger bürokratisch gearbeitet werden.

Abschließend stellt der Redner fest, daß die KLS-Fraktion den Ansätzen dieses Kapitels ihre Zustimmung geben werde.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bedauert die zu geringen Mittel des Wohlfahrtsbudgets, besonders angesichts der Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Altenbetreuung ergeben. Auch die Zahl der Kindergartenplätze müßte seines Erachtens um 50 Prozent höher sein. Mit manchen Erscheinungen bei den Pflegeheimen ist der Redner ebenfalls nicht zufrieden.

In der Altenbetreuung sind wir weder für die gegenwärtigen Aufgaben noch für die Zukunft gerüstet. Dr. Hirnschall fragt, ob es sinnvoll sei, die Planung eines großen Altersheimes vorzunehmen, wo doch die alten Menschen lieber in einem kleineren Lebenskreis zu Hause sind. Die beste Form wäre, die alten Leute bleiben in ihren Wohnungen und werden von der Heimhilfe betreut.

Über die Fürsorgeräte sagt der Redner, er habe den Eindruck gewonnen, daß diese an und für sich schöne Einrichtung der Stadt Wien immer mehr verkümmert.

Er urgiert die Beschlußfassung eines Behindertengesetzes für das Land Wien. Salzburg und Oberösterreich haben ein solches Gesetz bereits verabschiedet.

Abschließend gibt Dr. Hirnschall die Zustimmung der FPÖ-Fraktion zu dem vorliegenden Budgetkapitel.

GR. Srp (SPÖ) spricht über die einsamen Menschen. Hier erwächst der Gemeinschaft eine sehr wichtige Aufgabe. Wir müssen die alten Menschen von der Angst vor der Einsamkeit befreien. Was wir planen wird sicher dazu beitragen, eine echte Abhilfe zu schaffen. Die bisherigen Einrichtungen des Wohlfahrtswesens haben jedenfalls wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Lebenserwartung in Wien auf ein europäisches Niveau gehoben hat.

Der Redner hebt hervor, daß die Zahl der Besucher der Wiener Pensionistenklubs, nämlich mehr als 6.000 täglich, fast so groß ist wie die Zahl aller Dauerbefürsorgten Wiens. Die Errichtung des 1. Wiener Pensionistenheimes sei eine hervorragende Idee gewesen. Ein Beweis dafür sei vor allem, daß bereits der Bau eines zweiten solchen Heimes beschlossen und weitere geplant seien. Die Heimbewohner fühlen sich dort sehr wohl, sie fühlen sich nicht wie in einem Heim, sondern wie zu Hause. Verpflegung und Betreuung seien ausgezeichnet.

GR. Srp regt sodann an, zu erwägen, ob es möglich wäre, jedem Pensionistenheim ein Pflegeheim für kranke Bewohner anzuschließen. Wenn die Pensionisten in das Heim kommen, seien sie noch sehr rüstig. Was geschieht aber später? Bei vorübergehenden Krankheiten hilft wohl die Hausgemeinschaft, bei ernstesten und dauernden Krankheitsfällen aber bleibe nichts anderes übrig, als die Überweisung in ein Altersheim. Hier wäre also ein Pflegeheim äußerst wünschenswert, wobei noch dazukäme, daß sich viele gesunde Heimbewohner sicherlich für die Pflege der Kranken zur Verfügung stellen würden.

GR. Steinweis (ÖVP) betont als nächster Debattenredner, daß die Betreuung unserer Alten nicht Sache der Parteipolitik sein dürfe. Es könnten von keiner Seite Urheberrechte dafür angemeldet werden.

Der Appell von Stadtrat Maria Jacobi an die Wiener Bevölkerung, Nachbarschaftshilfe zu leisten, sei zwar zu begrüßen, man dürfe aber trotzdem nicht glauben, daß damit schon genug geschehen ist.

Der Debattenredner richtet sodann die Frage an StR. Maria Jacobi, ob geplant sei, eine Aktion "Essen auf Rädern" auch in Wien einzuführen. Solche Aktionen würden zum Beispiel in Graz und in verschiedenen Städten des Auslandes mit großem Erfolg durchgeführt.

Auf dem Gebiet der Heimhilfe müßten neue Wege gefunden werden, damit sich mehr Personen dafür zur Verfügung stellen. Es sei erfreulich, daß die Zahl der Pensionistenklubs vermehrt werden konnte, leider aber gebe es noch immer gewisse Mängel in diesen Klubs. So sei zum Beispiel das Essen, das für die Klubbesucher herangebracht wird, oft schon kalt, und auch die Beheizung der Räume ließe manches zu wünschen übrig. Gut wäre es ferner, wenn den Klubbesuchern Straßenbahnfahrscheine für Ausflüge usw. zur Verfügung gestellt und Theater- oder Kinobesuche für sie arrangiert werden könnten.

Die Urlaubsaktion für die Dauerbefürsorgten bezeichnet der Redner als sehr begrüßenswert. Während ein Urlaub heute selbstverständlich sei, war dies früher für viele Menschen, die heute alt sind, nur ein Wunschtraum. Um so schöner sei es, daß dieser Wunschtraum unseren Alten jetzt in Erfüllung geht.

Auch die Kurse für die Betagten sollten noch mehr gefördert werden. Denn die Untätigkeit ist die größte Gefahr für das Alter. Es sei zu begrüßen, daß mit dem Umbau der bestehenden Altersheime begonnen wurde, mit der Tendenz, vom Massenquartier abzurücken und den Alten ein individuelles Zuhause zu schaffen.

Die Zahl der Plätze in den Pensionistenheimen ist noch viel zu gering. Obwohl nicht jede Einzelperson 1.500 Schilling und jedes Ehepaar 2.500 Schilling aufzubringen vermöge, sei der Kreis derer, die das bezahlen können, doch ziemlich groß. Der Redner bemängelt, daß in Kagran nur Einzelappartements vorgesehen waren und fordert bei Neuplanungen von vornherein Wohneinheiten für Ehepaare vorzusehen (Zwischenruf: Ehepaar-Wohnungen sind in Kagran ohnehin vorhanden! GR. Steinweis: Sie wurden nachträglich durch Zusammenlegung von Einzelzimmern geschaffen!).

Auch auf die ethischen Gefühle der Alten sollte man Rücksicht nehmen und eine Kapelle oder einen Andachtsraum in den Pensionistenheimen schaffen (Zwischenruf von der SPÖ: In Kagran ist unmittelbar neben dem Pensionistenheim die Kirche!) Der Redner kritisiert auch,

daß der Fernsehraum im Obergeschoß liege und für die Alten schwer erreichbar sei, wenn der Aufzug nicht geht (Zwischenruf: Wenn kein Strom ist, gibt es auch kein Fernsehen!).

Vor allem sei es erstrebenswert, in jedem Bezirk ein Pensionistenheim zu schaffen, da die Bevölkerung in ihrem Heimatbezirk meist sehr verwurzelt sei.

Der Redner begrüßt den Beschluß der Wiener Landesregierung, die Richtsätze für die Dauerbefürsorgten zu erhöhen. Er berührt das Problem des Bettenmangels in den Altersheimen und der langen Wartezeiten für die Aufnahme in ein solches. Er empfiehlt, dafür zu sorgen, daß die alten Leute in ihren eigenen Wohnungen verbleiben können, so lange es geht. Damit hängt die Frage jener Betagten zusammen, die in Obergeschoßen von Häusern ohne Lift wohnen. Von diesem Problem nähme das Wohnungsamt keine Notiz (Zwischenruf GR. Herbert Mayr, SPÖ,: Das stimmt nicht, das Wohnungsamt nimmt sehr wohl darauf Rücksicht und geht dabei sehr objektiv vor!)

Den Bau von Alterswohnungen habe man erst wieder im Jahr 1964 über einen Antrag der ÖVP aufgenommen.

Der Redner fordert, den Ertrag der Haussammlungen, der im Budget als Einnahmepost aufscheint, zur Gänze den privaten Fürsorgeeinrichtungen zukommen zu lassen. Die Durchführung der Haussammlungen werde immer schwieriger, da viele Häuser keine Hausbesorger mehr haben. Man soll neue Wege suchen, um den Ertrag der Sammlungen zu erhöhen, den Fürsorgeräten aber die Mühen seiner Aufbringung zu ersparen (Zwischenruf GR. Hasenkopf, SPÖ,: Wenn Sie so etwas sagen, müssen Sie auch konkrete Lösungsvorschläge bieten!)

Der Redner schließt mit der Versicherung, seine Fraktion werde gerne allem zustimmen, was zum Wohle der alten Mitbürger in unserer Stadt geschieht.

GR. Gertrude Sandner (SPÖ) stellt einleitend fest, daß trotz der vielen sozialpolitischen Gesetze die Aufgaben der Gemeindeverwaltung auf sozialem Gebiet nicht kleiner geworden sind. Sie haben sich nur gewandelt. Während Wohltätigkeit der Ausdruck einer Gesellschaftsordnung ungleicher Rechte und starker sozialer Unterschiede war, ist die Fürsorge der Ausdruck echter demokratischer Gesinnung, hinter der Toleranz und tiefe Menschlichkeit stehen. Die Sozialisten haben sich immer zur Fürsorge bekannt und die Wohltätigkeit abgelehnt. Nicht umsonst fällt die Geburtsstunde der

modernen Fürsorge in unserer Stadt mit dem Beginn des demokratischen Lebens in dieser Stadt zusammen und welche Gültigkeit hat der Ausspruch von Professor Tandler auch heute noch "Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder". Was bedeutet dieser Ausspruch denn anderes, als Kindern ein Milieu zu schaffen, das ihnen alle Möglichkeiten zur gesunden und körperlichen Entwicklung bietet.

Wer die Leistungen der Fürsorgearbeit in Wien erlebt und werden Voranschlag genau studiert hat, wird erkennen, daß in Grunde genommen dieser Ausspruch schon seit Jahren zum Leitbild unserer Jugendbetreuung geworden ist. Unermüdlich wird auf dem Gebiet, allen Kindern die Möglichkeit zu einer gesunden Entwicklung zu geben, gearbeitet. Moderne Jugendfürsorge bedeutet Hilfe, bedeutet Schutz, Pflege und Förderung und untrennbar damit verbunden natürlich auch Erziehung. Wie haben sich in Befolgung dieser Grundsätze doch in den letzten Jahren die Verhältnisse in den städtischen Jugendheimen gebessert. Früher waren diese Häuser Anstalten für Kinder, heute, unter der Führung von Menschen mit kinderfreundlichen Herzen, sind sie zu echten Heimen der Geborgenheit für die jungen Menschen geworden. Der Bau unserer Kinderheime ist eine echte Demonstration guter Zusammenarbeit zwischen Architekten, Ärzten, Fürsorgern, Psychologen und Pädagogen. Auch bei der Auswahl der Spielzeuge wird allen pädagogischen Erkenntnissen Rechnung getragen und um die Kindergärten werden Miniaturlandschaften für die Kinder angelegt. Man sollte jedoch auch dem Spielbedürfnis jener Kinder Rechnung tragen, die keinen Kindergarten besuchen und auch für sie Spielreservate schaffen, in denen sie sich austollen können. Garagenplätze sind notwendig und wichtig, aber echtes Spielgelände für die Kinder ist lebensnotwendig.

Die Einstellung von Kindergartenhelferinnen, die bestens geschult werden, hat sich gut bewährt. Allen Schülerinnen, die soziale Berufe ergreifen wollen, steht das großzügige soziale Stipendienwerk offen.

Die oft zitierte Berufstätigkeit der Frau ist keine Erfindung von heute. Dieser Wandel setzte zu einer Zeit an, als unsere Gesellschaft durch die Industrialisierung nach dem Prinzip des Profitinteresses geformt wurde.

Eine gute Einrichtung, die Eltern über die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Kinder zu informieren, sind die Elternschulen. Diese Einrichtung müßte weiter ausgebaut werden.

Um das Jugendschutzgesetz wieder in Erinnerung zu rufen, regt die Rednerin die neuerliche Abhaltung einer Jugendschutzwoche in Wien an. Es sei erschreckend, wieviele Jugendliche bereits Alkohol und Nikotin regelmäßig konsumieren. Man müßte den Erwachsenen ihre Verantwortung der Jugend gegenüber immer wieder in Erinnerung rufen. Zum neuen Kindertagesheimgesetz: Das Wiener Gesetz dürfte keinesfalls so aussehen wie das Vorarlberger, das den von privater Hand geführten Heimen den Vorzug gibt. Das Vorarlberger Gesetz besagt, daß Kinder mit Gebrechen in einem Kindergarten nur dann aufgenommen werden, wenn die anderen Kinder dadurch nicht gestört werden.

Wir können stolz auf die Einrichtungen sein, die Wien für seine körperbehinderten Kinder hat und daß hier soviel getan wird, um auch diesen Kindern den Start ins Leben zu ermöglichen.

Abschließend dankt die Rednerin allen, die mitgeholfen haben, das Leben in unserer Stadt für alle lebenswert zu machen. Den Ansätzen des vierten Hauptstückes werde die SPÖ-Fraktion zustimmen, denn sie sind die beste Demonstration der Erfüllung unseres Versprechens, der Jugend eine Chance und dem Alter Sicherheit zu geben.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) erklärt, daß ihrer Ansicht nach die Zeit des Wahlkampfes vorbei sei und sie daher auch kein Wahlprogramm ihrer Partei mitgebracht habe.

Viel Lobendes wurde heute bereits über das Wohlfahrtswesen gesagt, an manchen Dingen sei jedoch auch eine Kritik notwendig. Sicherlich ist es heute weniger die materielle Not, die im Vordergrund steht, und der Kreis der zu betreuenden Personen hat sich stark geändert. Heute ist es mehr die seelische Not der hilflosen und alten Menschen und der vielen Kinder aus zerrütteten Ehen. Die Zeit der Hochkonjunktur kennt eben andere Probleme, leider haben sich die Methoden unserer Fürsorge diesen Problemen nicht entsprechend angepaßt. In den westlichen Demokratien finden wir eine vertiefte Einzelhilfe und individuelle Betreuung, während bei uns die Fürsorge in einen Beamtenapparat eingebaut ist, und die Kontrollorgane Verwaltungsjuristen sind.

Die öffentliche Fürsorge, die weniger Einfühlungsvermögen zeigen kann, hat sicherlich den Vorteil des besseren Verwaltungsapparates und der besseren Finanzierungsmöglichkeit. Die Fürsorgetätigkeit wird bei uns ja nicht allein aus Steuergeldern geleistet, sondern es tragen darüber hinaus alle Wiener durch ihr Scherflein bei den Haussammlungen dazu bei. Aus diesem Ergebnis der Haussammlungen wird in Wien erst die zusätzliche Fürsorgetätigkeit ermöglicht. Daher müßte man allen Wienern danken, die für die Armen unserer Stadt spenden.

Die Rednerin meint, daß in westlichen Ländern eine andere Denkungsart in Fürsorgefragen herrsche. Man halte es dort nicht für das Optimum, daß die öffentliche Fürsorge allein tätig ist, sondern strebt eine echte Partnerschaft mit freien Fürsorgeverbänden an. In Holland habe sich das Subsidiaritätsprinzip durchgesetzt und auch in England mit seiner Labour-Regierung sei man davon nicht abgegangen. Auf der gesamtösterreichischen Sozialarbeitertagung habe man es ausdrücklich als falsch bezeichnet, von einer nur ergänzenden Leistung der freien Verbände zu sprechen. Die beste Lösung bestehe in einer Partnerschaft, in einem Miteinander von öffentlicher und privater Fürsorge und nicht in einem Monopol der ersteren.

In der Frage der Kindergärten bemängelt die Rednerin die Personalknappheit, die zur Bildung großer Gruppen zwingt, unter denen die erzieherische Funktion der Kindergärtnerinnen leide. Auch gäbe es noch immer viel zu wenig Kindergartenplätze. 200.000 Kindern unter 14 Jahren in Wien stünden nur 20.000 städtische Kindergartenplätze zur Verfügung und den 103.000 schulpflichtigen Kindern gar nur 5.492 Hortplätze. Die Rednerin regt an, durch Kreditaktionen und Subventionen die Zahl der privaten Kindergärten zu vermehren und erhebt die Forderung nach einem Kindergarten-gesetz für Wien.

Die Heime für die behinderten Kinder ließen in Wien viel zu wünschen übrig. Von 150 behinderten Kindern im Psychiatrischen Krankenhaus können nur 32 eine Sonderschule besuchen, weil zu wenig Raum und zu wenig Personal dafür vorhanden ist.

Auch gäbe es in Lainz und Steinhof keinen Kindergarten für Behinderte. Der Sonderkindergarten habe zu wenig Plätze. Da das behinderte Kind noch mehr als das gesunde ein Familienähnliches Milieu benötigte, regt die Rednerin die Schaffung eines Kinderdorfes für behinderte Kinder an, wie eines in St. Isidor bei Linz besteht.

Auch dem Problem der Rehabilitation von Behinderten sei größeres Augenmerk zuzuwenden, da die Rehabilitation im Endeffekt billiger sei, als die Gewährung einer Rente. Abschließend betonte die Rednerin die Bereitschaft der ÖVP-Fraktion, den Budgetansätzen für das Wohlfahrtswesen zuzustimmen.

In ihrem Schlußwort dankt Stadtrat Maria Jacobi allen Debattenrednern für deren übereinstimmend zum Ausdruck gebrachte positive Einstellung zur Sozialarbeit. In der Ersten Republik wardas anders. Damals hat das konservative Lager alle Wohlfahrtsmaßnahmen vehement abgelehnt und von einer "Fürsorgeinflation" gesprochen. Noch nach 1945 hat eine Vertreterin der Rechten die Wiedereinführung der Säuglingswäschepaket-Aktion heftig bekrittelt. Die heutige Debatte dagegen hat gezeigt, daß aus jedem Saulus ein Paulus werden kann. Auch kann man daraus ersehen, wie stark das sozialistische Gedankengut sein muß, daß heute selbst seine ärgsten Gegner es für sich reklamieren. Es ist bekannt, daß jeder Bekehrte sich doppelt fanatisch für seine neue Überzeugung einsetzt. So ist auch die heutige Stellungnahme der ÖVP zum Fürsorgewesen zu werten. Wenn es die ÖVP ablehnt, daß 'Urheberrechte' für soziale Maßnahmen angemeldet werden, so ist zu fragen, warum sie solche Urheberrechte für die Pensionistenheime oder die Alterswohnungen in Anspruch nehmen will (Zwischenruf GR. Dr. Marga Hubinek: Sie haben zuerst ein privates Altersheim besucht und dann erst das Pensionistenheim geplant. - Antwort von Vizebürgermeister Slavik: Private Altersheime gibt es schon länger, als die ÖVP existiert!). Natürlich haben wir vor der Planung der Pensionistenheime derartige Einrichtungen im In- und Ausland besucht und studiert. Aber wir haben aus diesen Beobachtungen etwas durchaus Besonderes und Einzigartiges gemacht (Zwischenruf von der ÖVP: Mit dem Geld aller Steuerzahler! - Antwort von Stadtrat Jacobi: Natürlich mit dem Geld aller Wiener, zugunsten aller Wiener!)



Auf den Vorhalt, daß sich nicht jeder den Verpflegungsbeitrag in den Pensionistenheimen leisten könne, muß daran erinnert werden, daß der Gemeinderat beschlossen hat, durch eine Ausfallhaftung der Stadt Wien allen Wienern zu ermöglichen, in ein Pensionistenheim einzuziehen. Heuer ist dafür ein Betrag von mehr als 300.000 Schilling aufgewendet worden. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik, zur ÖVP gewendet: Auch Steuergelder!)

Der Ertrag von Sammlungen stellt das Geld aller Wiener dar und soll darum auch für alle und nicht nur für einzelne Gruppen verwendet werden.

An der Stellungnahme zu dem Verhältnis zwischen öffentlichen und privater Fürsorge zeigt sich, wie sehr sich die Grundsätze der Sozialisten von denen der Konservativen unterscheiden. Es gehört zu unseren unverrückbaren Grundsätzen, daß die Fürsorgeleistungen ein Recht für jeden darstellen, das er beanspruchen kann. Keineswegs darf daraus ein Akt der Wohltätigkeit vonseiten privater Verbände gemacht werden. Auch in England werden private Institutionen durch die öffentliche Hand nicht subventioniert, wie GR. Dr. Hubinek meinte.

Der Vorhalt von GR. Hirnschall, daß das im Auftrag von Bürgermeister Jonas geplante Altersheim in Floridsdorf mit 500 Plätzen zu groß sei, beruht ebenfalls auf einem Irrtum. Professor Dr. Hoff, auf den sich GR. Hirnschall stützte, hat mit seiner Forderung nach kleinen Heimen nämlich nicht Pflegeheime und Altersspitäler, sondern Altenwohnheime, wie unsere Pensionistenheime es sind, gemeint. In Floridsdorf ist die Errichtung eines Pflegeheimes für kranke und bettlägerige Alte geplant.

Die Heimhilfe kann nur dann eingesetzt werden, wenn es sich nicht um chronisch Erkrankte handelt. Wer aber pflegebedürftig ist, dem dienen wir mehr und besser in den Pensionistenheimen. Im übrigen gibt es im Pensionistenheim nicht nur einen, sondern zwei Aufzüge, und die Pensionisten fahren gerne mit dem Aufzug.

Die Fürsorgeräte werden Anfang Jänner angelobt werden. Bei dieser Gelegenheit werde ich den Fürsorgeräten meine Bitte hinsichtlich der Betreuung der Einsamen vortragen. Wir wollen aber zunächst nur in einem Bezirk Erfahrungen sammeln.

Beim Pensionistenheim hat sich auch das Mitnehmen der eigenen Möbel bestens bewährt. Das Kuratorium hat sich schon mit der Frage beschäftigt, auch Pflegeheime zu schaffen.

Von Mängeln in den Pensionistenklubs höre ich zum erstenmal.

Das Behinderten-Gesetz wurde am 19. Juli den zuständigen Stellen übermittelt. Leider haben wir noch immer nicht alle Stellungnahmen bekommen. Erst dann können wir den Entwurf zur weiteren Begutachtung vorlegen.

Wegen der Kinder in Steinhof und im Altersheim Lainz möge sich die ÖVP-Rednerin an ihren zuständigen Stadtrat Dr. Glück wenden.

Daß es noch immer zu wenig Kindergärten gibt, habe ich selbst zum Ausdruck gebracht.

Die Jugendschutzwoche wird in Zukunft einheitlich in ganz Österreich durchgeführt werden.

Daß unser Kindergartengesetz nicht fertig ist, liegt ebenfalls an den noch nicht verarbeitenden Stellungnahmen. Stadtrat Jacobi hofft jedoch, daß dieses Gesetz in Kürze dem Landtag vorgelegt werden kann.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des vierten Hauptstückes einstimmig angenommen.

./.

Debatte über Gesundheitswesen

Als erster Debattenredner meldet sich GR. Maller (KLS) zu Wort: Viele Probleme des Wiener Gesundheitswesens seien noch ungelöst. Obwohl jeder fünfte Mensch an Krebs stirbt, habe man die KLS-Vorschläge zur Krebsbekämpfung ignoriert.

Problem Nummer eins sei jedoch die unvermindert weiter bestehende Spitalsbettennot. Die Bettenzentrale für dringende Fälle habe das Problem nur verschoben, aber nicht gelöst. Die Lage zwinge die Spitäler, manche Patienten vorzeitig zu entlassen. Daher sei eine Vermehrung der Zahl der Spitalsbetten in Wien dringend geboten. Der Neubau im Wilhelminenspital habe nur so viel Betten gebracht, wie gleichzeitig im Rudolfspital ausgefallen sind. Das neue Allgemeine Krankenhaus bekommt um 500 Betten weniger als das alte. In einem Interview für die Zeitschrift der Gemeindebediensteten im November 1964 habe Stadtrat Dr. Glück gesagt, daß der Bettennotstand auch in Zukunft vorhanden sein werde. Dies zeuge von Planlosigkeit und mangelnder Voraussicht.

Dasselbe gelte für die Personalfrage. Nach Stadtrat Dr. Glück sind 200 Schwesternstellen unbesetzt. Wieviele neue Schwesternschülerinnen konnten aber durch die jüngste Werbekampagne gewonnen werden? Die beste Werbeaktion wäre eine dienstrechtliche und finanzielle Besserstellung des Personals. Wie Bürgermeister Jonas kürzlich in einer Rede sagte, müßten die Wiener Spitäler auch viele tausend Nichtwiener aufnehmen. Von den Krankenkassen bekommt die Gemeinde dagegen pro Verpflegstag weniger, als die Selbstkosten ausmachen. Dies sei ein Beweis für die verkehrte Organisation und die unsinnige Zersplitterung des österreichischen Gesundheitswesens. Daher plädiert der Sprecher für ein einheitliches nationales Gesundheitswesen, ähnlich, wie es in England existiert.

Der Redner übt dann Kritik am mangelhaften Bereitschaftsdienst mancher Ärzte an Wochenenden. Hier herrscht ein Mißstand, der dringend beseitigt werden muß. Heute kommt es immer wieder vor, daß ein Angehöriger eines plötzlich schwer Erkrankten manchmal stundenlang von einem Arzt zum anderen laufen muß, bis er Hilfe findet. Von Seiten des Gesundheitsamtes könnte vielleicht eine

Kontrolle ausgeübt werden. Beschwerden bei der Ärztekammer hatten bisher keinerlei Wirkung.

Auch heuer wurde wieder eine Schluckimpfungsaktion gegen Kinderlähmung durchgeführt. Leider hat man diesmal zu wenig für diese Aktion geworben und daher keinen entsprechenden Zuspruch gefunden. Um eine Ausbreitung der Kinderlähmung zu verhindern, müßten aber 70 Prozent der Bevölkerung geimpft sein. Der Redner fragt, wieviel Prozent der hinzugekommenen Jahrgänge an der diesjährigen Schluckimpfung teilgenommen haben.

Größeres Augenmerk mußte auch der Rattenbekämpfung zugewendet werden. Ein Großteil der Schädlingsbekämpfer nimmt seine Arbeit zwar ernst, der andere Teil aber verlegt sich weniger auf die Bekämpfungsmaßnahmen, dafür aber mehr auf das Kassieren. Eine wirksame Kontrolle durch die Gesundheitsbehörde wäre zweckmäßig.

Der Redner tritt auch für die Errichtung einer modernen Beratungsstelle für die Probleme der Empfängnisverhütung und der Mutterschaft ein. Viele Ärzte, Fürsorgerinnen, Frauen und Frauenorganisationen bedauern die Tatsache, daß es in Wien derzeit keine derartige Beratungsstelle gibt. Es gibt zwar im Wohlfahrtsamt eine sogenannte Eheberatungsstelle, die sich aber nur sehr am Rande mit medizinischen Fragen beschäftigt und auf die Frage der Empfängnisverhütung überhaupt nicht eingeht. Gerade in letzter Zeit aber wurden neue Methoden zur Empfängnisverhütung ausgearbeitet und in der ganzen Welt erprobt. Durch eine solche Beratungsstelle könnte viel menschliches Leid, könnten viel Ängste und viel Unheil verhindert und dem Ideal gewollter Elternschaft nähergekommen werden. Der Stadtrat solle mit seinen Fachleuten dieses Problem beraten und bei Gelegenheit den Gemeinderat darüber informieren.

Den Ansätzen des 5. Hauptstückes werde seine Fraktion zustimmen.

GR. Dr. Hirschall (FPÖ): Es sei notwendig, alle Anstalten und Heime, die zur Verwaltungsgruppe V gehören, in Zukunft auch in dieser Gruppe zu budgetieren.

Auf das Defizit der Spitäler ist bereits hingewiesen worden. Hier handelt es sich wirklich um eine gewaltige Subvention des Wiener Steuerzahlers an das Land Niederösterreich und die nicht spitalerhaltenden Gemeinden dieses Bundeslandes. Der Zustrom

aus den Bundesländern wird aber in dem Maß steigen, in dem unsere Spitäler schöner und moderner werden. Unser Ziel kann es nicht sein, einen solchen Zustrom zu bremsen, wir können auf ihn sogar stolz sein. Möglichst rasch müssen wir aber für einen Ausgleich dieser Kosten sorgen, denn eine Erhöhung der Bundesbeiträge nach dem Krankenanstaltengesetz, die nicht einmal ein Zehntel des Defizites decken würde, wäre keine dauerhafte Lösung. Es müßte vielleicht an eine Regelung im Rahmen des Finanzausgleiches gedacht werden.

Der Rabatt, der den Krankenkassen von den Anstalten eingeräumt wird, habe sich bei den neuen Pflegegebühren auf 23 Prozent erhöht. Eine solche Steigerung sei nicht vertretbar; das gleiche gelte für die Rabatte des Rettungsdienstes.

Es sei erfreulich, daß es beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses sehr rasch weitergeht. Zum Standort des neuen Rudolfspitals meint der Redner, wenn dieses Spital schon im Zentrum stehe, dann müßte es wenigstens ein ruhiges Wohnviertel sein. Die Großgarage der Post in der Nähe des Standortes bringe aber große Belästigungen für die Kranken mit sich und müßte daher verlegt werden. Vielleicht ließe sich hier eine Regelung mit der Post finden.

Anschließend kritisiert GR. Dr. Hirnschall die Tatsache, daß die Beträge für Inventaranschaffungen in den Spitälern von 29 Millionen auf 16 Millionen gekürzt werden. Diese Kürzung sei keineswegs gerechtfertigt, da die Einrichtungen in vielen Spitälern noch lange nicht den modernen Anforderungen entsprechen. So fehlen fast überall Bildverstärker im Röntgen, die Röntgengeräte selbst seien oft Jahrzehnte alt, künstliche Nieren gebe es bei weitem noch nicht in allen Spitälern usw.

Eine weitere Gefahr für den Kranken erwachse aus dem empfindlichen Mangel an geschultem Pflegepersonal. Die Aufnahme von Hilfspersonal erhöhe diese Gefahr sogar noch mehr. Ein anderes ungelöstes Problem sei ferner die bereits von der FPÖ-Fraktion geforderte Einrichtung von Betriebskindergärten in den Spitälern. Solche Kindergärten wären für viele Krankenschwestern und anderes Pflegepersonal eine große Hilfe.

Stadtrat Dr. Glück habe im Zusammenhang mit dem diesbezüglichen FPÖ-Antrag erklärt, es herrsche Mangel an Kindergärtnerinnen, Stadtrat Maria Jacobi aber habe festgestellt, daran herrsche kein Mangel, wohl aber sei die Raumfrage sehr schwierig zu lösen. Vielleicht könne man sich darüber einigen, wo tatsächlich die Schwierigkeiten liegen.

Zur Rattenbekämpfung meint der Redner abschließend, die vorgesehenen 100.000 Schilling seien in Anbetracht der 12.000 Kilometer langen Wiener Kanäle entschieden zu wenig. Einzelaktionen hätten hier wenig Sinn; nur eine umfassende Bekämpfung könne Abhilfe schaffen; dies erfordere jedoch zweifellos mehr Geld.

Die FPÖ-Fraktion wird den Ansätzen in dieser Geschäftsgruppe ihre Zustimmung geben.

Der nächste Debattenredner ist GR. Josef Bauer (ÖVP). Er beschäftigt sich mit den Verbesserungen auf dem Gebiet des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes sowie bei der Vergebung von Spitalsbetten.

Im Rettungsdienst sei es gelungen, die Kompetenzstreitigkeiten endgültig abzuschaffen. Heute haben wir einen mustergültig funktionierenden Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst. Auch bei der Bettenvergebung habe es früher ungute Zustände gegeben. Auf Initiative von Stadtrat Dr. Glück sei jedoch eine Bettenzentrale geschaffen worden, mit der man vielen Mißständen ein Ende bereiten konnte. Die Bettenzentrale verfügt über 74 Betten täglich, der durchschnittliche Bettenbedarf betrage jedoch 105 Betten pro Tag. Vielleicht wäre es möglich, durch weitere Verbesserungen des neuen Systems diese Differenz auszugleichen.

In den vergangenen elf Monaten seien über Vermittlung der Bettenzentrale 3.441 Kranke von den Wiener Privatspitälern übernommen worden. Darin zeige sich die große Bedeutung der Privatspitäler, und man sollte daran denken, diesen Spitälern in ihrer schwierigen Situation durch Subventionen zu helfen.

Abschließend kommt GR. Josef Bauer auf die Kranken-Seelsorger zu sprechen. Von den 83 Kranken-Seelsorgern Wiens seien 30 in den städtischen Spitälern tätig. Eine kleine Subvention seitens der Gemeinde Wien würde diesen 30 Anstaltsgeistlichen viele materielle Sorgen abhehmen.

GR. Ascherl (SPÖ) erinnert daran, daß immer weniger Menschen an Tuberkulose erkranken und auch immer weniger Menschen daran

sterben. Welchen großen Fortschritt man hier verzeichnen kann, geht daraus hervor, daß im 19. Jahrhundert die Sterblichkeit noch 20 bis 25 Prozent betrug. Besonders erfreulich ist, daß kein Kind mehr an Tbc sterben mußte. Trotzdem wäre es falsch, anzunehmen, daß die Tbc in unserer Stadt schon im verschwinden ist. Auch heute noch werden fast 15.000 Wiener und Wienerinnen in den Tbc-Pfursorgestellen betreut. Der Redner begrüßt alle Maßnahmen des Gesundheitsamtes um eine Weiterverbreitung dieser Krankheit zu verhindern. Wie sieht es jedoch mit gesetzlichen Maßnahmen aus, die die Bakterienausscheider im Interesse der Allgemeinheit zur Behandlung zwingen können?

Auf anderen Gebieten treten allerdings neue Krankheiten mehr in den Vordergrund, so Gefäßerkrankungen, Herzerkrankungen, und vor allem Krebs. Gerade beim Krebs wird noch sehr viel zu tun sein. 1925 gab es 3.000 Todesfälle, heute sind es bereits 5.700. Der Redner begrüßt daher, daß so große Beträge für die Anschaffung modernster Geräte zur Krebsbekämpfung vorgesehen sind. Dies wird zweifellos dazu beitragen, den Menschen zu helfen. Entscheidend aber bleibt beim Krebs die Frühdiagnose, bei der bis zu 95 Prozent der Krebserkrankten gerettet werden können; bei einer Spät-diagnose sind es jedoch oft nur 14 Prozent. Man muß daher alles daransetzen, um die Menschen rechtzeitig zum Arzt zu bringen und immer wieder auf die Gesundenuntersuchungsstellen hinweisen.

Auch die Schulzahnkliniken haben vorbeugend zu wirken. Der Wert der Fluortablettenaktion ist unbestritten.

Erfreulich auch, daß das Psychiatrische Krankenhaus immer besser ausgestattet wird.

Abschließend unterstreicht der Redner die Zielsetzung der Sozialisten, über Parteibarrieren hinweg den Menschen, dem geholfen werden soll, in den Mittelpunkt des Planens und Helfens zu stellen. (Beifall bei der SPÖ).

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) meint, der Vorwurf, daß nicht auf weitere Sicht, als auf ein Jahr geplant werde, könne man in dieser Geschäftsgruppe nicht erheben. Wir haben unter dem starken Einfluß von StR. Dr. Glück eine fachliche Planungskommission geschaffen, die genau den Grad der Dringlichkeit für ein Unternehmen berät.

Auf dem Bausektor sei der Gesundheits-Stadtrat in den letzten Jahren vor schweren Aufgaben gestanden. Die Sünden vergangener Jahrzehnte, der Zwischenkriegszeit und des zweiten Weltkrieges haben im Wiener Gesundheitswesen manch unhaltbare Zustände hinterlassen. Auch nach dem Krieg hat man zunächst andere Dinge als wichtiger empfunden. Gegenwärtig und für die Zukunft sieht es viel besser aus: in den nächsten fünf Jahren werden für das Gesundheitswesen mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Freilich bringt der forcierte Umbau von Spitälern notwendigerweise auch eine vorübergehende Verminderung der Bettenanzahl mit sich.

Durch Werbeaktionen habe man erreicht, daß mehr Mädchen sich für den Schwesternberuf entschlossen haben. Das Ausscheiden mancher Schwesternschülerinnen aus den Krankenpflegeschulen ist nur auf fachliche Auslese zurückzuführen. Sehr erfreulich sei es, daß sich noch immer geistliche Schwestern für den Pflegedienst finden. Die Kosten einer geistlichen Schwester betragen nur ein Drittel der Kosten einer weltlichen. Als an einer Stelle zehn geistliche Schwestern ausschieden, mußten an ihrer Statt 15 weltliche eingestellt werden. Das Experiment mit einem Externat der Krankenpflegeschule im Franz Josef-Spital hat die darin gesetzten Hoffnungen leider nicht erfüllt. Man hat es darum in ein zusätzliches Internat umgewandelt, mit dem Lehrerinnen und Schülerinnen zufriedener sind.

Die Rednerin streift das Problem der Verpflegung in den großen Spitälern, wo durch lange Transporte die Speisen oft unansehnlich werden. Man hat sich darum entschlossen, versuchsweise das amerikanische Dry-Heat-System einzuführen.

Sehr erfreulich ist, daß im Budget Mittel für den Neubau der Küche in Lainz vorgesehen sind, der schon dringend erforderlich war. Was den Einsatz privater Reinigungsfirmen in Spitälern betrifft, seien die Verantwortlichen froh, daß jemand da ist, der die Arbeit macht. Die Personalwerbung sollte man der Magistratsabteilung 17 überlassen.

Von den Neubauten hebt die Rednerin das Sonder-Kinderkrankenhaus am Rosenhügel hervor, das in Lainz nicht zufriedenstellend untergebracht war. Manche der dort behandelten bedauernswerten Kinder konnte man arbeitsfähig machen.



Auch das Schwerpunktspital jenseits der Donau findet Erwähnung. Es ist wegen der dort entstandenen neuen Wohnviertel besonders wichtig und soll zweckmäßigerweise mit einem Altersspital und mit einer Krankenpflegeschule verbunden werden.

Der Einbau der Zentralheizung im Altersheim Lainz wird fortgesetzt. Ausständig ist noch die Modernisierung des Pavillon 13. Da Umbauten und Modernisierungen die Bettenanzahl jedoch verringern, sei neben der Errichtung von Pensionistenheimen auch der Neubau von Pflegeheimen mit möglichst wohnlichem Charakter erforderlich. Die Hauskrankenpflege könnte in Wien weiter ausgebaut werden.

Die Rednerin verweist auf die Wichtigkeit der Rehabilitation und erwähnt in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten eines sogenannten Tag-Nacht-Spitals. Es könnte solchen, die kein Zuhause haben und untertags arbeiten, ein mit gesundheitlicher Betreuung verbundenes Nachtquartier bieten und umgekehrt jenen Menschen, die während des Tages einsam sind, tagsüber Pflege bieten.

Die Rednerin nimmt gegen die Diskriminierung der geistig Kranken Stellung, unter denen nicht immer Schwachsinnige zu verstehen seien. Auch die vielen an Multipler Sklerose Erkrankten gehören hierher.

Zu den Lehrlingsheimen: In diesen Heimen leben junge Menschen, die entweder aus sehr tristen Familienverhältnissen kommen, die keine Familie haben oder wo die Wohnung der Eltern nicht ausreichend ist. Sicherlich ist gerade in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Lehrlingsheime viel geschehen. Trotzdem sind noch viele Wünsche offen, deren Erfüllung gerade für die jungen Menschen, die kein leichtes Schicksal haben, viel bedeuten würde.

GR. Dr. Habl (ÖVP) stellt fest, daß man nicht oft genug darauf hinweisen kann, daß die zur Verfügung stehenden Mittel nach dem Grundsatz der größtmöglichen Zweckmäßigkeit und der nötigen Sparsamkeit verwaltet werden müssen. Dieser Grundsatz müßte auch bei den Spitälern eingehalten werden und es ist daher notwendig, daß der ärztliche Leiter einer Anstalt außer seiner fachlichen Qualität Organisationstalent, die Gabe der Menschenführung und Verständnis für alle Verwaltungsfragen hat. Es kommt daher immer wieder zu heftiger Kritik in der Öffentlichkeit, wenn bei der Bestellung von Primarii nicht mitgeteilt wird, welche Gesichtspunkte für die Berufung ausschlaggebend waren. Besonders heftig ist diese Kritik dann, wenn die vom Landessanitätsrat vorgeschommene Reihung unbeachtet blieb.

Wenn die auswählende Stelle von sich aus keine ausreichende Begründung gibt, wird sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß für die Bestellung parteipolitische Erwägungen ausschlaggebend waren. Leider gab es in letzter Zeit eine Reihe solcher Fälle. So wurde in der Spezialkinderklinik für Frühgeborene in Glanzing nicht der vom Landessanitätsrat an erster Stelle gereichte internationale Fachmann und Experte für Frühgeborene Professor Dr. Thalhammer, zum Primarius bestellt, sondern Dozent Dr. Rosenkranz, der Spezialist für Stoffwechselerkrankungen bei Kindern ist. Der Kinderinternist wird sich also erst für seine neue Aufgabe spezialisieren müssen. So eine ungewöhnliche Auswahl ist es nun, die den Unwillen der Bevölkerung erregt. Sicherlich hat der Landeshauptmann das Recht, einen Bewerber auszuwählen. Wenn man aber von der Gepflogenheit, den vom Landessanitätsrat an erster Stelle genannten Bewerber zu wählen, abgeht, sollte man Aufklärung darüber geben, warum man das getan hat.

Unmöglich sei es auch, für die Besetzung einer Primararztstelle eine Altersgrenze vorzuschreiben, wie das bei Ausschreibung eines Primariates an der Semmelweis-Klinik der Fall war. Mit der Bestellung eines jüngeren Arztes sei doch keineswegs die unbedingte Gewähr gegeben, daß er länger lebt. Semmelweis ist schließlich schon mit 47 Jahren gestorben. Derartige Beschränkungen könnten dazu führen, daß man einen nicht genehmen Bewerber mit der Begründung ablehnt, daß man zum Beispiel einen Primararzt sucht, der zwei Meter groß sein muß, damit alle zu ihm aufschauen können. Derartige Methoden wären lächerlich und untragbar. Gerade in der ärztlichen Betreuung kommt es besonders darauf an, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten nicht dadurch getrübt werden soll, daß der Patient annehmen muß, der Arzt wäre nicht aus fachlichen Gründen bestellt worden.

Beim Arzt, beim Lehrer und beim Richter will die Bevölkerung die Gewissheit haben, daß die Auswahl für leitende Funktionen nur nach fachlichen Gesichtspunkten erfolgt. (Zwischenruf Stadtrat Signund: Haben Sie jetzt von Niederösterreich geredet?)

GR. Dr. Habl stellt fest, daß es heute unbestritten ist, daß der Landesschulrat ein Vorschlagsrecht für die Anstellung von Lehrern hat, die Hochschule einen Dreier-Vorschlag bei Vakanz einer Lehrkanzel machen kann, Richter durch eine Ernennungskommission bestellt werden, usw. Nur auf dem Gebiete des Sanitätswesens gilt heute noch das veraltete Reichsgesetz aus dem Jahre 1870. Notwendig wäre es auch, daß der jeweilige Gesundheitsstadtrat dem Landessanitätsrat angehört.

Abschließend stellt der Redner fest, daß ihm daran lag, auf vermeidbare Mißstimmigkeiten in ärztlichen Kreisen und in der Öffentlichkeit hinzuweisen. Man kann schließlich weder dem Arzt mit einer Altersgrenze bescheinigen, daß er für ein Primariat mit 46 Jahren zu alt wäre, noch daß er, um dieses Ziel zu erreichen, ins Ausland gehen müsse. Man kann der Bevölkerung auch nicht übel nehmen, wenn sie für eine solche Behandlung ihrer Behandler kein Verständnis hat. Die Verwaltung möge daher in Hinkunft die Vorschläge des Landessanitätsrates berücksichtigen.

Die ÖVP-Fraktion werde den Ansätzen die Zustimmung erteilen.

GR. Dr. Gisel (SPÖ) antwortet zunächst auf die Ausführungen seines Vorredners. Er stellt fest: Es ist Sache des Landessanitätsrates, die Bewerbungen zu prüfen und einen Dreier-Vorschlag zu erstellen. Der Landeshauptmann ist an die Reihung in diesem Dreier-Vorschlag nicht gebunden, es kann ihm also auch der an zweiter oder dritter Stelle Genannte als ernennenswert erscheinen. Der Landeshauptmann hat auf Grund des Vorschlages des Landessanitätsrates vor allem zu entscheiden, welche Ernennung die beste Lösung für den Spitalserhalter darstellt.

Wenn schon Namen genannt wurden, dann muß bezüglich Professor Thalhammer folgendes gesagt werden: Der Vorstand Professor Thalhammers sei zu ihm, Dr. Gisel, gekommen, und habe erklärt, es wäre eine Katastrophe, würde Thalhammer nicht ernannt werden. Vier Stunden später habe ein Mitglied des Professorenkollegiums Dr. Gisel gesagt, man würde die größten Schwierigkeiten mit Prof. Thalhammer haben, wenn er ernannt werden würde, da er nicht an die Kinderklinik passe und nicht jenes umgängliche Wesen habe, das dort unbedingt notwendig sei. Dozent Dr. Rosenkranz aber besitze alle Fähigkeiten, die ihn zum Leiter der Kinderklinik Glanzing prädestinieren. Bei der Amtseinführung von Dozent Dr. Rosenkranz habe sich auch Prof. Dr. Kundratitz ausdrücklich zu dieser Lösung bekannt.

Zur Ausschreibung eines Primariats an der Semmelweis-Klinik stellt GR. Dr. Gisel fest: Mit der Klausel über die Altersgrenze habe man sich in Wien zum erstenmal und vielleicht auch zum einzigen Mal der in allen anderen Bundesländern geübten Praxis angeschlossen, bei Ausschreibungen über die Besetzung eines Primariats eine Altersgrenze festzusetzen. Es sei jedem klar gewesen, was es bedeutet hätte, wäre in diesem Fall keine solche Klausel in die Ausschreibung aufgenommen worden. Vom Standpunkt des Spitalserhalters aus sei es vollkommen richtig gewesen, nach einem Jüngeren Ausschau zu halten. Es sei unverständlich, wieso man bei all diesen Dingen an politische Hintergründe denke. Ehe man solche Verdächtigungen ausspricht, müsse man sich doch ernsthaft erkundigen, welche Motive für den Spitalserhalter maßgebend gewesen seien. (Zwischenruf GR. Dr. Habl: "Warum nimmt der Sanitätsrat Reihungen vor, wenn man sich dann nicht daran hält?" - Zwischenruf VBgm. Slavik: "Der Landessanitätsrat ist eine dem Landeshauptmann zugewiesene beratende Körperschaft!" - Nach mehreren weiteren Zwischenrufen bittet der Vorsitzende, Ing. Lust, die Zwischenrufe zu unterlassen. Auf den Vorhalt VBgm. Slaviks, daß Zwischenrufe erlaubt seien, stellt der Vorsitzende fest, daß es sich hier nicht um Zwischenrufe, sondern um Zwiesgespräche in den Bänken der Gemeinderäte gehandelt habe.)

GR. Dr. Gisel schildert dann als "erschreckenden Ausblick auf die Zukunft" das Funktionieren des ersten elektronisch gesteuerten diagnostischen Apparats, genannt "Computer medicus", der im nächsten Jahr in den Vereinigten Staaten aufgestellt werden soll. Dieses Gerät hat die Form eines sechseckigen Zylinders mit sechs Untersuchungszellen. Der Patient tritt ein, schließt die Tür hinter sich, und schon erteilt ihm der Apparat folgende Anweisungen: "Machen Sie den Oberkörper frei! Führen Sie die Manschette A/B langsam von links nach rechts über die Brust! Drücken Sie die Taste C und entnehmen Sie der Klapp® D den Becher mit der grünen Flüssigkeit! Trinken Sie den Inhalt und führen Sie den Taster E zuerst über die Magengegend, dann kreisförmig über die linke und rechte Seite Ihres Leibes! Pressen Sie die Zunge gegen das Folienpapier F und reißen Sie es beim Aufleuchten der gelben Lampe an der Perforation ab!

Treten Sie mit den Augen dicht an die Pupillenspiegel G, bis der Signalton kommt! Nach Untersuchung Ergebniskarte und Kennzeichenkugel abwarten!" Bei weißer, gelber, grüner, violetter und dunkelblauer Plastikkugel, die der "Computer Medicus" mit der Diagnosenkarte hergibt, erhält der Patient ein Rezept sowie genaue Behandlungsanweisungen. Bei hellblauer Plastikkugel muß er einen Spezialarzt aufsuchen, der die Diagnose des Computers verwertet. Hat der Computer diagnostische Zweifel, dann verabfolgt er eine rote Plastikkugel, die mit der Empfehlung einer genauen klinischen Untersuchung verbunden ist.

Anschließend befaßt sich im Gemeinderat Dr. Gisel mit der Staub- und Lärmplage in unserer Stadt. Er unterstreicht die große Bedeutung des Grüngürtels für die Reinigung der Luft und bedauert, daß es keine gesetzliche Regelung gegen die Luftverschmutzung gäbe.

Zur Lärmbekämpfung: Vielleicht werden wir auch bei der Stadt Wien bald soweit sein, daß wir den bauausführenden Firmen raten können, wie übermäßige Staub- und Lärmentwicklung verhindert werden könnte.

Auch gegen die Beleuchtung ist das menschliche Gehirn viel stärker empfindlich als man glaubt.

Es wurde heute von dem Kampf gegen verschiedene Krankheiten berichtet. Es gilt aber auch, dem Herztod Schach anzusagen. Eine Änderung der Großwetterlage hat zum Beispiel Einfluß auf das Kreislaufsystem vieler Menschen. Plötzlicher Herztod kann dann erfolgen. Der Redner verweist auf ausländische Spitäler, in denen deshalb klimaunabhängige Krankenzimmer eingerichtet wurden.

Dr. Gisel verteidigt dann die praktischen Ärzte, die zu den schwerst arbeitenden Menschen in unserer Stadt gehören. Wenn trotzdem zu gewissen Zeiten Patienten keinen Arzt finden, so wäre eine Verbesserung der Organisation am Platze.

Viele Patienten blockieren auch die Krankenbetten, bloß weil sie zur Diagnose gekommen sind. Dies deshalb, weil sich manche Primarii weigern, Untersuchungsergebnisse, die nicht in ihrer Anstalt erzielt wurden, anzuerkennen. Es müßte doch möglich sein, festzustellen, welche Befunde welcher Art aus welchen Instituten von welchen Primarii anerkannt werden. Besonders erwähnt der Redner die Schwestern in den Intensivpflegestationen. Was sie dort leisten, ist unerhört, das ist noch nie in der Geschichte

der Heilkunst von einem Laien verlangt worden. Vor allem die psychische Belastung ist sehr hoch.

GR. Dr. Gisöl beschäftigt sich dann mit den alten Menschen. Er zitiert Nestroy: "Das miserabelste Leben ist besser als der brillianteste Tod!" und betont, die Ärzte wollen für die alten Menschen so viel tun wie sie können. Was täten wir in dieser Stadt, angefangen vom Sparverein bis zu den höchsten politischen Gremien, wenn wir die über Sechzigjährigen nicht hätten. Das Ausschalten aus dem Arbeitsprozess kann zu einem Herausstoßen in das Siechtum werden.

Der Redner faßt seine Erfahrungen und Beobachtungen dahingehend zusammen, daß eine sinnvolle Beschäftigung für die Menschen im Ruhestand von ausschlaggebender Bedeutung ist. Vor allem darf man keineswegs alle Betagten über einen Leisten schlagen. Ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten sind individuell außerordentlich verschieden, worauf auch alle geriatrischen Maßnahmen Rücksicht nehmen müssen.

Jedenfalls stimmt es nicht, wenn man sagt, die Wiener würden älter! Medizinisch und biologisch richtiger müßte es heißen: die Wiener leben länger! Da die mittlere Lebenserwartung bei Frauen 70 und bei Männern 67 Jahre beträgt, muß ein Ableben vor diesem Zeitpunkt als Zufallstod oder Unfallstod bezeichnet werden. Die Psychologie des Hochbetagten betont die Bedeutung einer sinnvollen Arbeit, die auch bezahlt werden kann sowie auch die Wichtigkeit der Beschäftigung mit dem Tier.

Jedenfalls sollen die vielen Millionen, die für das Gesundheitswesen ausgegeben werden, gut angelegt sein. Die Wiener sollen sich jedoch darüber klar werden, wieviel die Stadt für jeden Einzelnen tut; sie sollen sich dessen bewußt werden, daß man die Gesundheit nicht in der Apotheke kaufen und nicht von der Krankenkasse geliefert bekommen kann. Vielmehr muß jeder Einzelne das Seine zur Erhaltung seiner Gesundheit beitragen. Aufgabe der Stadtverwaltung ist es hingegen, mit den Geldern für das Gesundheitswesen gut zu wirtschaften. Die Budgetansätze des nächsten Jahres geben die Garantie, daß dies der Fall sein wird. Deshalb wird die SPÖ-Fraktion dem Voranschlag der Gruppe V ihre Zustimmung erteilen.

Stadtrat Dr. Glück beginnt sein Schlußwort mit dem Dank an alle Debattenredner für deren anerkennende und deren kritische

Worte. Er bedauerte es, daß in der Auseinandersetzung um den Vorstand der Kinderklinik Glanzing Namen genannt worden sind. Er selbst sei bestrebt gewesen, den Bürgermeister zur Ernennung des vom Landessanitätsrat primo loco gereihten Bewerbers zu veranlassen. Dem Bürgermeister steht jedoch unbestrittenermaßen das Recht zu, auch den Kandidaten secundo loco zu bestellen. GR. Doz. Dr. Gisel hätte seine kritischen Bemerkungen auch im Landessanitätsrat machen können. Er sei mit ihm jedoch einer Meinung darin, daß das Wettoperieren an den Wiener Kliniken vom ärztlichen Standpunkt aus abzulehnen sei. Er könne es ferner nicht verstehen, daß bei der Neuernennung des Vorstandes einer einzigen Wiener Klinik eine Altersgrenze von 45 Jahren festgesetzt sei, die für die Leiter aller anderen Kliniken nicht gelte. Zwischenruf GR. Dr. Gisel: Herr Stadtrat, haben Sie die 45-Jahre-Klausel nicht mitunterschrieben? - Antwort von Stadtrat Dr. Glück: Nur mit einem Vorbehalt!)

Große Bedeutung habe das Problem der Luftverunreinigung und des Lärmes. Diesen Fragen kommt nicht nur in der Öffentlichkeit sondern auch in den Wohnungen der einzelnen Familien große Bedeutung zu. Die Rücksichtslosigkeit in der Frage der Lärmerregung sei grenzenlos. Doch werde man ihr nicht durch Gesetze allein beikommen. Erziehung und Aufklärung in den Schulen ist hier vonnöten. Vor allem muß jeder bei sich selbst damit beginnen, die Lärmplage zu bekämpfen.

Wien steht zwar mit der Anzahl seiner Spitalsbetten an der Spitze, da es über 12.000 Betten für akute Erkrankungen, über 4.000 für psychiatrische und außerdem über die Betten der Privatspitäler verfüge. Dennoch ist die Stadt Wien auf eine Vermehrung der Spitalsbetten bedacht. Dem wurde durch den Neubau zahlreicher Kliniken in der letzten Zeit und mit den Vorarbeiten für das Krankenhaus Ost Rechnung getragen.

Die Tätigkeit der Hauskrankenpflege sollte der Kompetenz der Verwaltungsgruppe V übertragen werden. Für diese Aufgabe könnte man viel mehr Werbung betreiben. In England und Schottland werde mit der Hauskrankenpflege beispielsweise sehr viel erreicht.

Für die Krankenschwestern werde vonseiten der Stadtverwaltung viel getan. Es sei jedoch nicht zu verstehen, daß der Grundgehalt einer diplomierten Krankenschwester in den städtischen Spitälern schlechter ist als einer bei der Sozialversicherung Angestellten.

Auch müßte man die diplomierte Schwester gegenüber der nicht-diplomierten in der Bezahlung und auch in der Schwestertracht stärker herausheben.

Man könne und solle nicht verhindern, daß auch Nichtwiener in die städtischen Spitäler aufgenommen werden. Denn auch in den niederösterreichischen Spitälern liegen zahlreiche Patienten aus Wien.

Zu dem Einwand, daß das Rattenbekämpfungsbudget zu niedrig sei, kann auf die Zusicherung des Finanzreferenten verwiesen werden, dafür mehr Mittel flüssig zu machen, wenn es sich als nötig erweist.

Dr. Hirnschall könne mit seiner Kritik, daß in Wien die Planungsarbeit für die Spitäler zu lange dauert, nur auf das neue Allgemeine Krankenhaus angespielt haben. Hier war es den Vertretern der Stadt Wien leider nicht möglich, das Tempo zu forcieren. Die Planung für die spezifisch städtischen Spitäler dagegen vollzieht sich in Wien wesentlich rascher, als in allen anderen Großstädten Europas.

Nach Ansicht maßgeblicher Experten genügen für Wien zwei künstliche Nieren. Sie sind glücklicherweise auch gar nicht ausgelastet. Sollte sich eine dritte als notwendig erweisen, so wird sie angeschafft werden.

Was die Arbeit der Wiener Rettung betrifft, kann gesagt werden, daß sie wirklich mustergültig ist. "Ich kenne keine andere Stadt", sagte der Referent, "die ein so gut funktionierendes Rettungswesen hat, wie Wien". (Beifall bei allen Fraktionen). Auch die Leistungen der Privatspitäler und des Krankenseelsorgendienstes müßten gewürdigt werden. Die Kirche in Lainz wird mit einer elektrischen Heizung ausgestattet werden, sobald das Versorgungskabel entsprechend verstärkt worden ist.



Der Redner dankt sodann GR. Ascherl für die anerkennenden Worte, die er vor allem für das Tbc-Referat gefunden hat. Sicherlich machen hier die asozialen Tuberkulösen bzw. die tuberkulösen Alkoholiker die größten Sorgen, stellen sie doch für die Gesunden eine immense Gefahr dar. Es ist zu hoffen, daß man bald durch gesetzliche Bestimmungen eine Möglichkeit hat, diese asozialen Kranken in die Hand zu bekommen.

Unsere Gesundenuntersuchungsstellen sind mit den derzeit besten Untersuchungsmethoden ausgestattet. Die dort angewandte Methode ist die Beste, wenn natürlich auch sie keine hundertprozentige Sicherheit für die Frühauffleckung eines Krebses darstellt.

Anerkennende Worte wurden auch für die Fluortablettenaktion gefunden. Es ist richtig, daß man den Wert dieser Aktion gar nicht hoch genug einschätzen kann.

Zum Psychiatrischen Krankenhaus: Natürlich ist man ständig bemüht, auch dort erfolgreich zu arbeiten. Unbedingt geregelt muß auf diesem Gebiet noch die Bezahlung der Pflegegebühren für Geisteskranke werden. Es sei ausgeschlossen, daß gerade ein Geisteskranker aus dem üblichen Pflegegebührenschemata herausgenommen wird. Im ASVG ist die Grundsatzbestimmung, daß für die Unterbringung eines Geisteskranken in einer öffentlichen Anstalt für Nerven- und Geisteskranke der Versicherungsträger die halben Verpflegskosten zu tragen und der Rechtsträger der öffentlichen Krankenanstalten gegenüber dem Geisteskranken und seinen Angehörigen keinen Anspruch auf Ersatz der zweiten Hälfte der Verpflegskosten hat. So ist das Gesetz. In Wien ist es jetzt so, daß ein Erlaß aus dem Jahr 1942 gilt, nachdem die Verpflegskosten der Geisteskranken zur Hälfte vom Krankenversicherungsträger und zur anderen Hälfte vom Fürsorgeverband getragen werden. Der Fürsorgeverband läßt sich die entstandenen Kosten soweit als möglich vom Geisteskranken oder von seinen Angehörigen ersetzen. In der Praxis ist es so, daß ein Patient nach seiner Entlassung eine Abrechnung erhält, gegen welche er allerdings Berufung einbringen kann. Diese Lösung sei absolut falsch. Schließlich müßte für die Geisteskranken, vielleicht mit Ausnahme von ganz chronischen Fällen, das selbe gelten, wie für andere Kranke.

Gesprochen wurde auch über die Spitalsküchen. Der Redner begrüßt es, daß in Lainz und im Franz Josef-Spital die Küchenanlagen

und alle damit zusammenhängenden Einrichtungen neu geplant werden können. Derartige Maßnahmen kosten natürlich viel Geld und müssen daher gut überlegt werden. Es sei daher zweckmäßig, wenn ein Ausschuß von Fachleuten die notwendigen Pläne erstellt, wie die Küche gestaltet werden soll und wie der Weg der Speisen von der Küche zum Patienten sein muß.

Abschließend spricht Stadtrat Dr. Glück die Hoffnung aus, alle Fragen beantwortet zu haben und ersucht, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe die Zustimmung zu erteilen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 5. Hauptstückes ein-  
stimmig angenommen.

Die Beratungen über den Voranschlag 1965 werden morgen früh um 9 Uhr mit den Beratungen über die Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, fortgesetzt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

1.300 Sparvereine sparten 120 Millionen Schilling  
=====

15. Dezember (RK) - Wie aus dem Novemberbericht der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hervorgeht, sind die Spareinlagen bei diesem Institut auch im November trotz Weihnachtsabhebungen und Sparvereinsauszahlungen um sieben Millionen Schilling auf insgesamt 6.585 Millionen Schilling gestiegen. Seit Jahresbeginn sind damit die Spareinlagen bei der Zentralsparkasse um 848,9 Millionen Schilling, das sind 206 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, angestiegen. Von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien wurden Ende November 13.883 Prämien Sparverträge betreut, auf denen eine Gesamtsparsumme von 110,3 Millionen Schilling angespart wurde. Damit haben sich die Prämien Spareinlagen seit November 1963 verdoppelt.

In den Monat November fallen auch die meisten Auszahlungen an die Sparvereine. Die Zentralsparkasse hat im abgelaufenen Jahr 1.300 Sparvereine betreut, die zusammen 120 Millionen Schilling gespart hatten. In den letzten Wochen mußten fast drei Tonnen Münzgeld sowie mehr als 780.000 Stück Banknoten von der Hauptkasse des Institutes unter Polizeischutz ausgeführt werden, um die Auszahlungen an die Sparvereine bewältigen zu können. Wie alljährlich, so stellt auch heuer dieser Betrag wieder einen kräftigen Impuls für die heimische Wirtschaft dar.

Da auch die sonstigen Einlagen bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien seit Jahresbeginn um 422,4 Millionen Schilling gestiegen sind, haben sich die Gesamteinlagen bei diesem Institut seit Jahresbeginn um 1.271,3 Millionen Schilling erhöht.

## Schweinehauptmarkt vom 15. Dezember

=====

15. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche. 0. Neuzufuhren Inland: 10.149; Bulgarien 250, Rumänien 50, Ungarn 210, Gesamtauftrieb: 10.659. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 14.60 bis 15 S, 1. Qualität 14 bis 14.50 S, 2. Qualität 13.50 bis 14 S, 3. Qualität 13 bis 13.50 S, Zuchten extrem 12.60 bis 12.80 S, Zuchten 11 bis 12.50 S, Altschneider 10 bis 11 S.

Ausländische Schweine notierten: Bulgarien 13,20 bis 13.40 S, Rumänien 13.40 S, Ungarn 13.50 bis 14.20 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schweine um drei Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.79 S. Der Durchschnittspreis für bulgarische Schweine ermäßigte sich um sieben Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.26 S. Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei rumänischen Schweinen um 17 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.40 S. Der Durchschnittspreis erhöhte sich für ungarische Schweine um zwölf Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.85 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine beträgt 13.51 S.

- - -

## Pferdehauptmarkt vom 15. Dezember

=====

15. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 109 Stück, hievon fünf Fohlen und ein Maultier. Als Schlachttiere wurden 91 Stück, als Nutztiere sechs Stück verkauft. Unverkauft blieben zwölf Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 72, Oberösterreich 5, Burgenland 23, Steiermark 8.

Preise: Schlachttiere Fohlen 12 bis 14.50 S, Pferde extrem 8.80 S, 1. Qualität 8 bis 8.40 S, 2. Qualität 7 bis 7.80 S, 3. Qualität 6 bis 6.80 S; Nutztiere Pferde 6 bis 8 S.

Auslandsschlachthof: 19 Stück aus der CSSR, 5.50 S; 100 Stück Eseln aus der UdSSR unverkauft.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 17 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtfohlen erhöhte sich um 170 Groschen. Er beträgt für Schlachtpferde 7.43 S, Schlachtfohlen 13.70 S, Schlacht- und Nutzpferde 7.41 S, Pferde und Fohlen 7.59 S.

- - -

Rathaus-Verhandlungen abgeschlossen  
=====

15. Dezember (RK) Die Parteienvertreter haben heute abend nach einer zweieinhalbstündigen Sitzung die Verhandlungen über die künftige Zusammenarbeit in der Wiener Stadtverwaltung abgeschlossen. Die Fraktionen des Verhandlungskomitees werden den zuständigen Parteigremien einen vereinbarten Abschlußbericht vorlegen. Wenn die Parteikörperschaften dem Bericht ihre Zustimmung geben, dann wäre noch in dieser Woche mit der Neuwahl der Mitglieder des Wiener Stadtsenates zu rechnen.

- - -